

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Sezugspreis: Vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Vohagen-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserionspreis:
die sechsgespaltene Kolonne für 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Steine statt Brot.

Die Teuerungsdiskussion im Reichstage ist zu Ende. Sie hat die arbeitende Bevölkerung um eine traurige Erfahrung bereichert.

Von dem Reichstage des schwarzblauen Blocks war nicht viel zu erwarten, aber eine solche empörende Wurschtigkeit, eine solche offene Verhöhnung der Not der Masse, als in der Art des Auftretens der Regierung und der Lebensmittelwucherer zutage trat, konnte man bisher doch noch für unmöglich halten. So toll war es, daß sogar ein nationalliberaler Redner sich veranlaßt sah, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß der Reichskanzler einen warmen Ton bei der Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über die Teuerung habe vermissen lassen!

Mit der Souveränität eines Großgrundbesizers, dem die Teuerung nur Vorteile bringt, meinte der Herr von Hohenstein, daß die Schutzollpolitik und Steuerpolitik Brot, Mehl, Fleisch, Petroleum usw. um so und so viel Pfennige pro Pfund verteuere, sei doch nicht das Wichtigste, das Wichtigste sei die Expansion der Volkswirtschaft! Ein grandioser Gedanke! — Das Volk leidet Not, Herr von Bethmann Hollweg sagt: Aber die Industrie und die Landwirtschaft sind groß geworden! Als ob es dem armen Teufel etwas nützte, wenn die steigende Grundrente und der mächtige Strom der Kapitalgewinne die Zahl der Millionäre um einige Duzend vermehrte. Die Züchtung von Millionären ist die Hauptsache nicht, sondern das Wohl des Volkes!

Des Reichskanzlers Gehilfe im Landwirtschaftsministerium, Herr von Schorlemer, hatte seine Leier natürlich auf des Meisters Ton gestimmt. Soweit von Teuerung die Rede sein könne, sei der Handel der schuldige Teil. Die Gemeinden müßten da eingreifen, die Zwischenhändler ausschalten, Lebensmittel direkt an die Bevölkerung abgeben.

Bisher hörte man immer, die Sozialdemokratie wolle den Mittelstand vernichten, der Staat müsse Mittelstandspolitik treiben. Und ausgerechnet waren es die Gruppen der Lebensmittelverteuerer, die nun in dieselbe Kerbe hauen, obwohl sie sonst immer Mittelstandspolitik mit Verteuerungen der — Zuneigung machen. Nun, da es ihrer volkspolendernden Politik an den Krügen gehen sollte, denunzierten sie — nach der bekannten Spitzbubentaktik — Händler, Fleischer und Bäcker als die eigentlichen Wucherer, denen das Handwerk gelegt werden müsse. Ob die Mittelständler aus den Vorgängen lernen?

Uebrigens ist der Rat, die Gemeinden sollten helfen — billig und schlecht. Das Dreiklassenwahlrecht sorgt dafür, daß die Interessenten — Hausbesitzer und Gewerbetreibende — in den Kommunalverwaltungen die Majorität haben; wer kann da erwarten, daß sie sich in den Gemeinden selbst das „schmerzstillende Galsband“ der Ausschaltung umlegen?

Dem Herrn Handelsminister gebührt auch noch das Verdienst, einen neuen Grund für die Teuerung erfunden zu haben: das Volk lebe zu gut! Beweis: früher hätte man den Dienstboten Roggenbrot vorsetzen können, jetzt wollten auch die schon Weizenbrot und Semmeln haben! — Das ist ja schrecklich! Sehr viele Dienstboten würden froh sein, wenn die Gnädige ihnen satt Roggenbrot vorsetzte, aber Weizenbrot würde ihnen sicher auch nichts schaden. Uns ist auch nicht bekannt, daß Weizen nur für Ritter, Heilige und Dividenbezieher wächst. Jedoch, man kann sich jede Aufregung ersparen, eine Not existiert überhaupt nicht, der Minister gibt's kund und zu wissen! Das Volk hat sich bloß in eine Teuerungssimmung hineinreden lassen! Woher der Mann das nur weiß? Also es ist nur Stimmung, daß die Hausfrauen kein Gemüse mehr kaufen, kein Fleisch mehr im Topfe haben; es ist nur Stimmung, daß Kinder betteln, um Abfälle beim Fleischer sich raufen; es ist nur Stimmung, daß die Fischmärkte gestürmt werden, weil man ein paar Pfennige ersparen kann! Alles nur Stimmung! — So redet ein Minister von Junkers Gnaden!

Das Volk hätte solche Behandlung, die wie Peitschenschläge wirkt, vollständig verdient; es müßte noch viel mehr gepeinigt werden, wenn solche „Hilfe“ in der Not es nicht in die Stimmung versetzte, die Lebensmittelverteuerer bei der nächsten Wahl zum Reichstage hinauszubefördern.

Die Teuerung sei ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit! So heißt es in einer Denkschrift des Landwirtschaftsrats, dessen Mitglieder natürlich zu der Gilde der Liebesgabenwucherer gehören. Ungezählte Millionen wirft die Schutzoll-Grenzsperrpolitik den Junkern auf Kosten des Volkes in den Schoß, und wenn dann eine Dürre die künstlich herbeigeführte Teuerung noch verschärft, so reden die Mineralienten von ausgleichender Gerechtigkeit!

Solche empörende, aufreizende Sprache zeigt, wie notwendig es ist, endlich die Herrschaft der Junker im Reiche zu brechen.

Nachdem die Vertrauensmänner des schwarzblauen Blocks in der Regierung dem darbenenden Volke Steine statt Brot gereicht, konnte es nicht fehlen, daß bürgerliche Abgeordnete fromm und frei, zum Teil noch provozierend auftraten, kategorisch erklärten: wir verteidigen und beschützen die Lebensmittelteuerungspolitik!

Graf Ranitz fand, daß von übertrieben hohen Preisen keine Rede sein könne! — Dieser Edle dachte dabei wohl an das Portemonnaie in — seiner Tasche. Daß ihm die Preise nicht zu hoch sind, wird schon stimmen, er ramscht sie ja ebenfalls mit ein.

Wie immer, agieren auch diesmal die Ultramontanen als Muster der Demagogie und des Jesuitismus. Der Abgeordnete Heim meinte ruppig: die Milchpreise sind jetzt nicht zu hoch, nur früher waren sie zu niedrig! Das Problem ist gelöst, die zu hohen Preise sind abgeschafft; man dekretiert einfach: früher waren die Preise viel zu niedrig, und jetzt haben sie das angemessene Niveau!

Die Milchverteuerung wird sicher einigen Leuten die Beutel füllen, die Zahl der Millionenbauern erhöhen. Daß die hohen Milchpreise zahllosen Säuglingen das Leben kosten, daß sie gleichbedeutend sind mit einer Untergrabung des Gesundheitszustandes vieler tausend Proletarier, das ist — nach agrarischer Logik — ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit! Arbeiter, vergeßt das nicht, denkt daran, daß bei der nächsten Reichstagswahl die Antwort auf solchen Junkerwitz erteilt werden muß!

Der Redner der Nationalliberalen, Abg. Fuhrmann, ließ keine größere Sorge erkennen als die, zu versichern, daß die Fraktion Drehscheibe nur auf das Geseise der Schutzöllner eingestellt sei. Das hungernde Volk darf dafür einige bedauernde Nebenarten über den Notstand schlucken. Das macht zwar den Hunger nicht vergessen, aber die Nationalliberalen erfreuen sich dafür der mit den Junkern und Ultramontanen neu geschlossenen Freundschaft. Auch Herr Rahnke, als Redner der Liberalen, wandte sich gegen die sozialdemokratische Forderung, wenigstens für die Zeit des Notstandes die Zölle gänzlich, und zwar sofort aufzuheben.

Eine Spartanerpredigt verzapfte der Reichsparteiler Göffel. Das Volk ist zu üppig geworden, es lebt zu gut! Fertig ist die Laube! Noch einen Ton schärfer tutete der wildkonservative Abgeordnete Lehmann-Jena in das Horn der Volksverhöhnung. Nach ihm sind die „Auswüchse der Sozialpolitik“ in herborragender Weise schuld an der Teuerung. Das Volk fröne der Vergnügensucht, dem Gange zum Luxus.

Diese Stimmen aus dem Lager der Bürgerlichen genügen, um zu zeigen, was die Arbeiterklasse von ihnen zu erwarten hat. Steine statt Brot hat man ihr gereicht. Alle Hoffnung auf Hilfe von jener Seite muß sie fahren lassen. Nur von ihrer eigenen Initiative, nur durch Selbsthilfe kann das Volk aus dem Elend herauskommen, in die es die fluchwürdige Liebesgabenpolitik hineingestürzt hat. Da trifft es sich gut, daß der nächste Abrechnungstag nicht mehr fern ist. Fürchtbar würden die Folgen sein, wenn das Proletariat trotz allem Gohn, trotz all der ihm bereiteten Sorgen diesmal wieder eine Zählermehr-

heit in den Reichstag schickte. Jetzt spürt es die Weikel des Wucherzolltarifes und der Reichsfinanzreform, aber mit Storfionen wird es geächtigt werden, wenn es nun trotz alledem wieder eine Zöllner- und Gottentottenmehrheit zustande kommen ließe!

Die Spuren müssen schreien!

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1910.

III.

Die Resultate der Kämpfe von 1910 bis zum Jahre 1905 zurück zeigt die nachfolgende Tabelle. Ein Ausweis für die früheren Jahre läßt sich nicht geben, weil erst seit 1905 die Statistik über die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Lohnbewegungen geführt wird.

Jahr	Arbeitszeitverkürzung wurde erreicht				Lohnerhöhung wurde erreicht			
	ohne Arbeitseinstellung		mit Arbeitseinstellung		ohne Arbeitseinstellung		mit Arbeitseinstellung	
	für Personen	Stunden pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche
1905	106165	458297	61666	219467	279493	550637	112653	259166
1906	255534	928804	75646	298804	491578	852389	154253	358506
1907	187295	604388	60895	191500	370214	687982	104490	235592
1908	52734	163795	6540	20046	207631	312395	29010	53828
1909	49682	168587	17102	47226	178071	288766	65329	140978
1910	202035	481873	142535	274691	438649	800495	388978	1015042

Es ergibt sich auch für 1910 gleich wie für die Vorjahre, daß der größere Teil der Erwerbslosen auf die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen entfällt. Daß dieses nicht auf ein größeres Entgegenkommen der Unternehmer zurückzuführen, sondern allein dem Umstande zu danken ist, daß die Gewerkschaften größer und leistungsfähiger geworden sind, bedarf für die Arbeiterklasse keines besonderen Nachweises. Zwar ist die Zahl der Personen, die durch Arbeitseinstellung eine Arbeitszeitverkürzung erreichten, mit 142 535 weit höher als in einem der fünf vorhergehenden Jahre, doch erzielten 202 035 Personen eine solche, ohne in einen Streit eintreten zu müssen. Die letzteren erreichten insgesamt eine Verringerung der Arbeitszeit um 481 873, die ersteren um 274 691 Stunden pro Woche. Lohnerhöhung wurde für 438 649 Personen von insgesamt 800 495 Mk. pro Woche ohne Arbeitseinstellung erzielt, während 388 978 Personen insgesamt 1 015 042 Mk. mehr Lohn pro Woche mit Arbeitseinstellung errangen.

Es sei noch besonders hervorgehoben, daß als Resultat von Aussperrungen für 90 217 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 162 386 Stunden pro Woche und für 298 711 Aussperrte eine Lohnerhöhung von zusammen 845 182 Mark pro Woche im Jahre 1910 zu verzeichnen ist.

Hierzu kommen noch die abgewehrten Berufschlichterungen, worüber nachfolgende Tabelle Auskunft gibt:

Jahr	Arbeitszeitverlängerung wurde abgewehrt				Lohnreduzierung wurde abgewehrt			
	ohne Arbeitseinstellung		mit Arbeitseinstellung		ohne Arbeitseinstellung		mit Arbeitseinstellung	
	für Personen	Stunden pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche
1905	1657	6928	949	2649	7394	13152	6771	13069
1906	979	4872	1065	4542	2842	6197	4896	13471
1907	2212	6475	1004	5446	5965	9049	9255	27775
1908	1829	7595	1048	3708	12808	28496	10744	23782
1909	3193	12245	993	3618	17380	32370	14099	33994
1910	2061	6474	775	2970	9821	17312	8121	12467

Die Ausgaben für die Kämpfe des Berichtsjahres belaufen sich auf 18 457 769 Mk. Hieron entfallen auf die Angriffsstreiks 5 090 617 Mk., auf die Abwehrstreiks 843 296 Mk. und auf die Aussperrungen 11 992 647 Mk. Von den Gesamtausgaben wurden

17346 480 Mk. oder 94 Prozent aus den Kassen der Gewerkschaften gedeckt. Die Ausgaben für die wirtschaftlichen Kämpfe sind im letzten Jahrzehnt fast ausschließlich aus den Kassen der Gewerkschaften gedeckt worden. In den ersten Jahren nach Aufhebung des Sozialistengesetzes war es nur ein kleiner Teil der Streikkosten, der aus den Mitteln der Organisationen gezahlt werden konnte, der größte Teil wurde durch Sammlungen aufgebracht. - Zwar kamen im Jahre 1890/91 von den Streikausgaben 58 Prozent aus den Gewerkschaftskassen; doch kam hier in Betracht, daß die Unkosten des großen Streiks der Buchdrucker zum größten Teil vom Buchdruckerverband gedeckt wurden. In den folgenden fünf Jahren kamen nur 24 bis 48 Prozent der Streikausgaben aus den Gewerkschaftskassen, obgleich es sich in jenen Jahren nur um Gesamtausgaben von 48 000 bis 424 000 Mk. handelte. Diese Erscheinung ist für den, dem die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland bekannt ist, nicht auffallend. Es zeigte sich in jener Zeit noch eine starke Opposition gegen hohe Verbandsbeiträge in den Gewerkschaften selbst. Man glaubte durch niedrige Beiträge die Arbeitermassen zu den Gewerkschaften heranziehen und dann ohne große Mittel Streiks erfolgreich durchführen zu können. Auch die Nachwirkung des Sozialistengesetzes machte sich hier noch geltend. Während des Gesetzes drohte den Gewerkschaften ständig die Gefahr der Auflösung und der Konfiskation ihres Vermögens durch die Polizeibehörde. Es war deswegen wenig Neigung vorhanden, größere Vermögensbestände anzusammeln. Erst nachdem die Gewerkschaften den Boden wiedergewonnen hatten, von dem sie durch das Sozialistengesetz abgedrängt waren, erst nachdem sie wieder begannen, die Unterstützungseinrichtungen auszubauen, standen größere Mittel für die wirtschaftlichen Kämpfe zur Verfügung und kamen die Verbände in die Lage, nicht bei jedem größeren Streik an das Solidaritätsgeld der Arbeiterklasse appellieren und die Streikausgaben durch Sammlungen decken zu müssen. Seit dem Jahre 1897 wird der größte Teil der Streikausgaben, nämlich 62 bis 99,6 Prozent, aus den Verbandskassen gedeckt. In den letzten Jahren haben die Verbände fast nur aus eigenen Mitteln die Streiks geführt. Nur wenn besonders große Bewegungen zu verzeichnen sind, deren Durchführung über die Kräfte auch der finanziell gut ausgerüsteten Organisationen geht, wird heute noch die Hilfe der Allgemeinheit in Anspruch genommen. So war dies bei dem Streik der Bergarbeiter 1905 und bei der Bauarbeiterausperrung 1910 erforderlich.

Daß die Ausgaben bei großen Streiks und Ausperrungen nicht aus den Kassenbeständen oder den laufenden Beiträgen der Mitglieder gedeckt werden können, ist erklärlich. Es zeigte sich dies besonders im letzten Jahre. Die Organisationen sind genötigt, von den Mitgliedern in solchen Fällen Extraleistungen zu fordern und es läßt sich konstatieren, daß diesen Anforderungen willigste Folge gegeben wird. Im Jahre 1910 wurden an Extrabeiträgen, von den Zentralvorständen ausgeschrieben, 4388 400 Mk. und an Beiträgen der arbeitenden Mitglieder in Streikorten

521 800 Mk. aufgebracht. Das sind Summen, die höher sind, als die Jahreseinnahmen der gesamten Gewerkschaften in den Jahren 1891 bis 1897, denn erst mit dem Jahre 1898 übersteigt die Gesamtjahreseinnahme der Verbände 5 Millionen Mark. Das ist die erfreulichste Seite der Wirkung der Ausperrungen. Die Gewerkschaftsmitglieder haben nicht nur erkannt, daß es notwendig ist, während eines Kampfes größere finanzielle Opfer zu bringen, sondern daß nur eine ständige höhere Vertragsleistung die Gewerkschaften in den Stand setzen kann, den Angriffen der Unternehmer gewachsen zu sein oder selbst zum erfolgreichen Angriff übergehen zu können. Läßt sich auch mit Genugtuung feststellen, daß die Gewerkschaften nach dieser Richtung hin enorme Fortschritte gemacht haben, so dürfen sie doch nicht annehmen, daß in dem heutigen Stand der Organisationen das Höchste erreicht sei. Es werden noch größere Anforderungen an die organisierte Arbeiterschaft gestellt werden müssen, denn, wie bereits bemerkt, scheint die Taktik der Unternehmerorganisationen darauf gerichtet zu sein, immer größere Massenansperrungen herbeizuführen. Auch diese Kampftaktik wird einmal aufhören und schließlich dazu führen, daß auch die arbeiterfeindlichsten Unternehmerorganisationen die Gewerkschaften als mitbestimmenden Faktor bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden anerkennen müssen.

Daß schon heute viele Unternehmer und Unternehmerorganisationen zu diesem Anerkenntnis gekommen sind, zeigt die Zahl der Tarifverträge, die im Jahre 1910 am Schluß der Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen abgeschlossen worden sind. Es werden 4398 Tarifverträge für 607 023 Personen verzeichnet. 1909 waren es 1913 Verträge für 159 628 Personen und 1907 wurden 1860 Verträge für 282 948 Personen abgeschlossen.

Auch bei den Tarifabschlüssen zeigt sich die gleiche Erscheinung wie bei den Resultaten der Bewegungen. Die Zahl der Fälle, in denen es ohne Arbeitseinstellung zum Tarifabschluß kam, ist weit größer als die der Tarifabschlüsse, denen eine Arbeitseinstellung vorausging. Nur im Baugewerbe zeigt sich das umgekehrte Verhältnis. Hier kamen von 2142 Tarifabschlüssen für 372 384 Personen 1350 für 247 155 Personen erst nach einem Streik oder einer Ausperrung zustande. Da die Ausperrungen im Baugewerbe erfolglos, weil die Arbeiter den von den Unternehmerorganisationen vorgelegten Tarif nicht annehmen wollten, so konnte sich hier selbstverständlich kein anderes Resultat ergeben. Im allgemeinen zeigt aber auch diese Seite der Streikstatistik, daß dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften eine ständig steigende Zahl von Unternehmern eine Verständigung mit den Arbeitern vorzieht, ohne daß erst das Wagemittel des Streiks oder der Ausperrung angewandt werden muß.

Das Gesamtergebnis der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1910 kann als ein befriedigendes, wenn auch noch lange nicht als ausreichendes bezeichnet werden.

Arbeitszeitverkürzung wurde für eine größere Zahl von Personen herbeigeführt, als in einem der

Jahre bis 1905 zurück, doch steht die Summe der Stunden, um welche die Arbeitszeit pro Woche verkürzt wurde, hinter der im Jahre 1906 erreichten zurück. In diesem betrug sie 1 238 725, für 1910 nur 756 564. Dagegen wurde an Lohnerhöhung sowohl bezüglich der Zahl der Personen als auch in der gewonnenen Lohnsumme im letzten Jahre mehr erreicht, als in den Vorjahren bis 1905.

Hat im Berichtsjahre nach dieser Richtung erfreuliches erreicht werden können, so bringt hoffentlich das Jahr 1911 weitere Fortschritte, denn die kurze Spanne Zeit der günstigeren Wirtschaftskonjunktur muß von der Arbeiterklasse ausgenutzt werden. Sie hat, wie die Vorkommnisse des letzten Jahres zeigen, ohnehin damit zu rechnen, durch Ausperrungen in die Abwehr gedrängt zu werden. Hier, wie auch bei dem Angriff, ist Mühsal erforderlich, wenn Erfolg erzielt werden soll. Ist auch in den letzten Jahren ein erfreulicher Fortschritt darin zu konstatieren, so muß doch mit ganzer Kraft weiter für die Ausbreitung und finanzielle Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen gearbeitet werden, denn hiervon ist abhängig der Aufstieg der Arbeiterklasse zu höherer Lebenshaltung und damit zu höherer Kultur.

Lage und Ausichten der Brauindustrie.

II.

Von nicht zu unterschätzendem Einfluß auf die fernere Gestaltung der Lage im Brauereigewerbe sind auch die Arbeiterverhältnisse. Da zeigt es sich mit voller Deutlichkeit, daß die Tarifverträge von großem Vorteile sind, in der gegenwärtigen Zeit für die Arbeitgeber von größerem Nutzen als für die Arbeiter. Die Brauereien in einer ganzen Reihe von Bezirken erklären, daß sie durch Tarifverträge vor Lohnsteigerungen und damit vor etwaigen Störungen in den Arbeiterverhältnissen gesichert seien. Auch dort, wo die Löhne während der Vertragsdauer in die Höhe gehen, kann man wenigstens mit den höheren Lohnsummen im vorhinein kalkulieren. Wo die Arbeiterverhältnisse durch keinen Tarif geregelt sind, werden Lohnforderungen in nächster Zeit erwartet. So teilt z. B. eine Brauerei mit, daß ihre Arbeiter Forderungen gestellt hätten, die die Herstellungskosten des Hektoliters um 10 bis 15 Pf. erhöhen würden. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im laufenden Jahre schon ziemlich günstig entwickelt. Es stellte sich der Andrang auf je 100 offene Stellen für Brauereiarbeiter in den einzelnen Monaten der Jahre 1909 bis 1911 wie folgt:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
1909	524,66	647,04	291,84	309,18	304,89	255,88	235,69	307,95
1910	422,59	348,52	262,13	255,90	304,55	254,62	215,91	239,03
1911	367,72	386,84	219,62	211,36	179,63	210,57	175,87	115,34

Man sieht, daß schon das Jahr 1910 gegen 1909 eine Erholung gebracht hatte, die nun im laufenden Jahre solche Fortschritte gemacht hat, daß der Andrang bis auf 115,34 zurückgegangen ist, wozu allerdings die große Hitze den Hauptteil beigetragen hat.

Brief aus der Schweiz.

Von den rund 525 000 Ausländern, die bei der letzten Volkszählung in der Schweiz gezählt wurden, sind der allergrößte Teil Arbeiter und Angehörige von Arbeitern. Und von diesen wieder der größte Teil kam in die Schweiz, „die Brust von Hoffnung geschwellt“. Sie sehen in der Schweiz ein Land, in dem es sich herrlich leben lassen muß; ein Land mit wunderbaren landschaftlichen Schönheiten, mit Alpenriesen, deren schnee- und eisbedeckte Gipfel berückend schon im Abendrot glühen, mit silbernen Seen, grünen Matten mit dem Konzert der melodischen Kuhglocken und Emsersjodeln; ein Land mit geheimnisvollen Wäldern und finstern graufigen Schluchten — und dazwischen das aus den Gedächtnissen bekannte „friedliche Volk der Hirten“.

Gewiß: Alle diese Schönheiten sind tatsächlich vorhanden. Und noch vieles andere mehr! Wobei wir an die größeren politischen Rechte und Freiheiten, die mandem an die politische Gewohnheit wie ein Bestandteil des Paradieses erscheinen, noch gar nicht erinnert haben. Aber trotzdem erlebt fast jeder Arbeiter, der hoffnungs- und erwartungsvoll in die Schweiz kommt, eine Enttäuschung, eine größere Enttäuschung als jene Ägypter in Sais, als sie, wie eine griechische Legende erzählt, das solange verschleierte Götterbild endlich schauen durften. Das Land, von dem sie glauben, daß es Milch- und Honigflüsse bringe, stellt sich ihnen nur zu bald dar als eines, in dem der Kapitalismus genau so brutal regiert wie in der Monarchie, der sie glücklich entronnen sind; als ein Land, in welchem zwischen Arbeiten und Genießen ein genau so weiter und borniger Weg liegt als in jedem anderen Lande. Ja, wenn sie sich dann darauf niederlassen wollen (oder müssen) und erfahren, welchen Plaudereien, Scherereien und Bureaukratereien sie sich zu unterwerfen, welche Papiere sie alle zu besorgen haben, oder, wenn sie diese nicht besorgen können, wieviel Kautions sie stellen oder Bürgschaften sie sich sichern müssen. Wenn sie bei dieser Gelegenheit schon erfahren, wie wenig beliebt im schönen Lande Wilhelm Tell die Ausländer sind, die nicht als reiche Vergnügungsbummaler kommen — dann hebt erst recht die Insinnung von Enttäuschungen an. Und diese erreichen den Höhepunkt, wenn sie erst eine Zeitlang in der Schweiz gearbeitet oder gar, wenn sie einen Streik mitgemacht haben. Dann ist auch dem letzten Nar: Auch in der schönen „freien“ Schweiz wird „mit Wasser gelobt“, auch im herrlichen Lande Winkelrieds haben die Eier nur ein Dotter. Ganz wie dasem!

Ich habe jetzt über ein Jahr lang einzig die Ar-

beiterverhältnisse studiert. In Bibliotheken, Leichenhallen, Vorträgen, Kursen und in der Praxis in vielen Dutzenden von Versammlungen und Sitzungen der Arbeiterkorporationen. Aber ich bin aus einer Enttäuschung in die andere gefallen! Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Wert der Demokratie lächerlich gering ist, daß alle politischen Rechte nur wenig bedeuten, solange der Unterbau, auf dem sie ruhen, kapitalistisch bleibt. Und immer wieder klingen mir die Worte ins Ohr, die jüngst ein schweizerischer Arbeiterführer in einem Vortrage sagte:

„Die Verhältnisse in unserer Schweizer Republik haben sich bereits soweit entwickelt, daß auch bei uns das Wort zutrifft, das Marx in seinem „18. Brumaire“ für die kleinen Nachkommen der großen Sansculotten prägte: daß sie ihren Wahlspruch „Liberté, Egalité, Fraternité“ längst erreicht hätten durch die Lösung: „Infanterie, Kavallerie, Artillerie“.“

Bersen wir einmal einen Blick auf die Verhältnisse, unter denen in der Schweiz die Arbeiter zu leben gezwungen sind. Nur ein paar nackte Tatsachen, geschöpft aus den Untersuchungen der Fabrikinspektoren und den Statistiken von Lorenz, die man nicht abschätzend als „Aufscherelei“ abtun kann.

Das „Volk der Hirten“ wird immer mehr ein Meer arbeitender Proletarier. Nur noch 34 Proz. aller Bewohner ernähren sich von der Landwirtschaft. Die Zahl der Fabrikarbeiter aber hat sich in 20 Jahren um 80 Proz. vermehrt, die der Pferdekräfte in den Fabriken gar um 438 Proz.! In der Fabrikindustrie waren 1909 310 190 Arbeiter beschäftigt, das bedeutet eine Zunahme von 68 000 in 9 Jahren, oder 27,9 Proz. Der allergrößte Teil dieser Arbeiter arbeitet noch täglich 10 Stunden und mehr! Nicht einmal einer unter je 200 Arbeitern (0,4 Proz.) hatte eine kürzere als 9stündige Arbeitszeit, aber 22 933 Arbeiter mußten täglich 9½ Stunden, 150 795 Arbeiter mußten 10 Stunden, 728 59 gar 10½ Stunden und 445 68 noch 11 Stunden täglich arbeiten! Das heißt also: Von je 100 Arbeitern arbeiten 38 noch über 10 Stunden täglich! Und das, obwohl diejenigen Fabrikanten, die seit 1901 die Arbeitszeit verkürzt haben, offen zugeben, daß die Produktion deshalb nicht nur keine Verminderung, sondern im Gegenteil eine Steigerung erfahren habe. Auch die Fabrikinspektoren bestätigen das in ihren Berichten.

Sicher dürfte es viele Leser interessieren, in welchen Berufszweigen es mit der Arbeitszeit am schlimmsten steht.

Darüber heißt es in den Berichten: Von den über zehn Stunden Arbeitenden waren allein in der Textilindustrie 110 286, in der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie 21 295, sogar in der Metallindustrie noch 53 748! (Der von den Unternehmern vielfach angeführte „freie Samstagmittag“ spielt nur eine geringe Rolle, denn von den über 300 500 Arbeitern haben nur 39 000 denselben und erst seit kurzer Zeit.) Mehr als zehn Stunden arbeiteten 1909 in der Textilindustrie noch 54,3 Proz. aller Arbeiter, in der Lederindustrie 29,7 Proz., Lebensmittelindustrie 40,8 Proz., Chemische Industrie 26,9 Proz., Metallindustrie 32,6 Prozent (!), Salinen, Erde, Steine (Bauarbeiter usw.) 42,2 Prozent! In der Uhrenindustrie müssen 75 Proz. aller Arbeiter 10 Stunden arbeiten, ebenso in der Leder- und Holzbearbeitungsindustrie. Rechnet man alle Arbeitsstunden aller Arbeiter zusammen, so kommen 3 151 322,5 tägliche Arbeitsstunden heraus. Es entfallen also auf den einzelnen Arbeiter 10,16. Und wären nicht die Gewerkschaften so eifrig bei der Arbeit gewesen, so wäre es mit der Arbeitszeit noch weit schlimmer, denn vor neun Jahren arbeiteten anstatt 38,3 Proz. gar noch 54 Proz. aller Arbeiter länger als 10 Stunden.

Die Frauen unserer Leser und die Arbeiterinnen dürften folgende Angaben interessieren: Während man 1888 erst 59 697 Arbeiterinnen zählte, waren es 1901 bereits 73 728. Von je 100 Arbeitskräften waren also 35 weiblichen Geschlechts! Im freien schönen Schweizerlande! Und während erst 22 790 junge Leute unter acht Jahren in Fabriken ausgebeutet wurden, waren es 1901 bereits 35 272. Seit 1901 sind aber diese Zahlen gewaltig gewachsen, wie das Beispiel aus nur einem der drei Kreise zeigt: In diesem Kreise stieg von 1901—1909 die Zahl der Jugendlichen um 70,3 Proz., die der Frauen um 88,1 Proz. Die Frauenausbeutung und die der Jugendlichen nimmt unheimlich zu. Und nicht nur in der Textilindustrie, nein, auch in Glühlampenfabriken, in Fabriken für elektrische Apparate und Maschinen, in Schrauben- und Schloßfabriken, in Möbelabriken u. a. m. Und der Staat sieht ruhig zu, wie auf diese Weise der Kapitalismus die Volkskraft vernichtet. In der freien Schweiz steht es dem Ausbeuter eben völlig frei, nach Gutdünken mit den Trägerinnen der Volkskraft zu schalten. Werden doch sogar im Kanton St. Gallen, wo die Stickerie zu Hause ist, noch 48 000 Kinder, darunter 4000 unter acht Jahren (!) ausgebeutet! Freiheit der Ausbeutung zur höheren Ehre des Profits!

Die infolge dieser Ausbeutung vorkommenden Schädigungen der Arbeiter an Leib und Leben

An anderen Beobachtungsstellen sehen wir eine gleiche Bewegung in der Verteilung der Lage des Brauereigewerbes zum Ausdruck kommen wie in den Andrangskurven am Arbeitsmarkt. Verschiedenartig nämlich das Niveau der an den deutschen Börsen gehandelten Brauereifaktien, so ergibt sich ebenfalls von 1908 auf 1909 eine Kurssteigerung, die 1911 weitere Fortschritte gemacht hat. Freilich stimmen die Bewegungen nicht genau monatsweise miteinander überein, was gar nicht möglich ist, aber die Kurven der Jahresbewegung verlaufen im großen und ganzen in der nämlichen Tendenz. Der Durchschnittskurs der zum Börsenhandel zugelassenen Brauereiwerte zeigt am Ultimo der ersten acht Monate der nachstehenden Jahre folgende Bewegung:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
1909	142,96	143,87	142,92	144,81	143,42	141,86	148,80	150,56
1910	152,88	152,06	155,40	156,88	161,81	158,93	157,42	159,88
1911	170,46	178,80	175,05	179,45	178,69	179,02	181,57	178,92

Von Ultimo Januar auf Ultimo Juli 1909 stieg der Durchschnittskurs um 5,34 Proz., im folgenden Jahre betrug die Zunahme 4,54 Proz. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres ergibt sich bereits eine Steigerung um 11,11 Proz. Von der Route im Monat August 1911 blieben auch die Brauereifaktien nicht ganz verschont. Immerhin muß der Rückgang um 2,65 Proz. noch als relativ niedrig bezeichnet werden. Für die Aktienbrauereien in den Hauptzentren des Brauereigewerbes wurden in den ersten acht Monaten 1911 folgende Durchschnittskurse berechnet:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Berlin	169,60	172,80	174,67	178,86	176,83	175,95	180,36	174,67
München	235,85	236,59	234,04	237,21	239,16	243,60	245,70	247,16
Reichsbayern	172,67	175,15	176,46	177,83	178,52	179,70	178,57	176,69

Die Aktien der Berliner Brauereien sind seit Januar um 5,07 Proz. gestiegen. Die Münchener Brauereiwerte zeigen eine Zunahme um 11,31 Proz. Bei den Anteilen der übrigen bayerischen Aktienbrauereien erhöhte sich der Durchschnittskurs um 4,02 Proz. In einigen anderen Landesstellen entwickelte sich der Durchschnittskurs in diesem Jahre wie folgt:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Schlesien	97,35	98,26	97,73	97,72	97,12	95,48	98,48	96,11
Prov. Sachsen	111,03	111,70	113,00	119,05	117,22	113,52	116,89	112,99
Schlv.-Holst.	166,92	172,92	170,56	172,37	170,67	171,51	173,27	170,53
Rheinprovinz	157,97	162,09	166,27	169,40	167,41	169,15	172,58	168,49
Sgr. Sachsen	164,00	165,00	165,50	166,50	169,50	191,25	202,25	194,50

Der Durchschnittskurs der schlesischen Brauereifaktien zeigt eine geringe Abnahme. Die erheblichste Steigerung weisen die Werte der Brauereien auf, die ihren Sitz im Königreich Sachsen oder im Rheinland haben. Die diesjährige Kursbewegung zeigt, daß allgemein mit einer Erhöhung der Dividende gerechnet wird.

Die Antworten auf die Frage, ob die Folgen der Steuererhöhung überwunden sind, lauten nicht gleichartig. Die durch die neue Brauereisteuer nötig gewordene Bierpreissteigerung hat nach Ansicht einer Reihe von Brauereien in manchen Gegenden einen kaum glaublichen Widerstand gefunden. Es wird als auffallend hervorgehoben, daß die Regierung die Brauer und Wirte nicht im geringsten unterstü-

ndem sie doch von den Brauereien die Steuer ver-lange und anerkenne, daß die Steuer auf die Konsumenten abgewälzt werden solle. Teilweise ist die Bierpreissteigerung nur nominal durchgeführt, aber da die Wirte sie nicht auf die Konsumenten abwälzen konnten, so hat die Zahl der Unbrosen bei den Brauereien in erschreckender Weise zugenommen oder es mußten die Mietzinsen für Wirtschaften, die den Brauereien gehören, entsprechend reduziert werden, um den Weiterbestand zu ermöglichen. Ueberall, wo die Bierpreissteigerung glatt durchgeführt werden konnte, haben die Brauereien unter der höheren Belastung nicht zu leiden. Befragt wird in vielen Antworten der durch die neue Maßnahme eingeführte Staffeltarif. Dieser sollte den Kleinbrauereien bezüglich des Verdienstes einen Vorbehalt leisten; statt dessen wurde diese Bevorzugung von der Kleinbrauerei bemaßt, um den Bierverkaufspreis heruntersudrücken.

Wie stark die Ansichten über die weitere Gestaltung des Brauereigewerbes in Fachkreisen differieren, das geht aus der Kennzeichnung der Ansichten für das Jahr 1911/12 hervor. Eine Brauerei sagt: „Alles in allem sehen wir per 1911/12 das schlechteste finanzielle Jahr voraus, seitdem unsere Brauerei existiert.“ Andere Brauereien dagegen bezeichnen die Ansichten als weiterhin günstig.

Heilverfahren und Heilbehandlung.

Im Reichsversicherungsamt wird in gewissen Zeitabschnitten eine Statistik über die Heilbehandlung bei den Trägern der Invalidenversicherung bearbeitet. Die kürzlich zur Ausgabe gelangte Statistik umfaßt die Jahre 1905 bis 1910 und enthält in zahlreichen Tabellen interessantes Material über Umfang und Erfolge der Behandlung, die verschiedenen Heilbehandlungsorte unter besonderer Berücksichtigung der eigenen Heilstätten, der Versicherungssträger sowie die sonstigen Leistungen der letzteren auf dem Gebiete der Krankenfürsorge. Bevor auf diese Statistik näher eingegangen werden soll, muß darauf hingewiesen werden, daß die Reichsversicherungsordnung uns eine sehr bedenkliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes, betr. Heilbehandlung des Heilverfahrens, das die Versicherungsanstalten einleiten können, aber nicht müssen, gebracht hat. Bei Beratung des Gesetzes hatten die Mehrheitsparteien beschlossen, daß nicht mehr als 7 Proz. der Beitragseinnahme für das Heilverfahren ausgegeben werden dürfe. Die Empörung, die dieser Beschluß hervorrief, bewirkte, daß man ihn schließlich eine andere Fassung gab, mit der aber derselbe Zweck erreicht werden kann. Nach dem § 1355 der Reichsversicherungsordnung haben nämlich die Versicherungsanstalten den Vorschlag, in welchem auch die Ausgaben für das Heilverfahren vorgegeben sind, bevor ihn der Ausschuss prüft, der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Sie beantragen ihn, wenn er die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt zur Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen gefährdet. Auf tauschliche Beschränkung aller durch das Invalidenversicherungs-gesetz nicht unmittelbar vorgeschriebenen Ausgaben hat bereits das Reichsversicherungsamt in einem Rundschreiben an die Versicherungsanstalten vom 11. Mai 1910 hingewiesen. Dies geschah, so wurde ausgeführt, nicht allein von den allgemeinen Verwaltungskosten, sondern auch von den Kosten des Heilverfahrens. Letzteres sei im Laufe der Jahre bei einer Anzahl von Versicherungsanstalten in weitem Um-

fange ausgedehnt worden. Bei einem Fortschreiten auf diesem Wege wäre ernstlich zu befürchten, daß die Einnahmen der Versicherungssträger ihrem eigentlichen Zwecke entzogen würden.

Daß nun im allgemeinen Ziel für das Heilverfahren ausgegeben worden ist, kann durchaus nicht zugegeben werden. Ebenso wie die versicherungspflichtige Bevölkerung gestiegen ist, so haben sich auch die Ausgaben für das Heilverfahren vermehrt. Zugabegeben ist ebenfalls, daß einzelne Versicherungsanstalten bei Übernahme des Heilverfahrens durchaus nicht engherzig verfahren. Andere Anstalten dafür weisen aber fast alle Jahre ziemlich die Hälfte der Antragsteller ab. Entweder man ist noch nicht krank genug oder man ist zu krank zur Übernahme des Heilverfahrens, so heißt es dann in der Regel in den abweisenden Bescheiden. Unter Berücksichtigung dieser Einwände dürfen wir uns auch durch die Gesamtsumme, 177 811 106,41 Mk., die seit dem Jahre 1897 von allen Versicherungsanstalten für das Heilverfahren ausgegeben worden ist, durchaus nicht blenden lassen. Auf die letzten Jahre verteilen sich die Anzahl der übernommenen Personen und die Ausgaben hierfür wie folgt:

Jahr	Zu Heilbehandlung genommene Personen	Kosten des Heilverfahrens Mark
1905	56 420	14 418 005,02
1906	66 883	16 660 445,07
1907	74 023	17 954 706,00
1908	86 990	21 625 883,00
1909	101 158	24 275 577,00
1910	114 310	26 593 565,00
Summa	499 784	121 558 185,09

Aus der Statistik ergibt sich ferner, daß das Anteilsverhältnis der Männer in den Krankheitsgruppen Lungentuberkulose und andere Krankheiten erheblich größer ist als das der Frauen und daß bedeutend mehr nichttuberkulöse als tuberkulöse Frauen an der Heilbehandlung beteiligt sind. Die Zahl der behandelten tuberkulösen Männer zu den nichttuberkulösen Männern verhält sich etwa wie 5 : 6, während die Zahl der tuberkulösen Frauen zu der Zahl der nichttuberkulösen Frauen sich etwa wie 5 : 9 verhält. Bei den Lupuskranken, die seit 1910 als eine besondere Krankheitsgruppe aufgeführt werden, überwiegen die Frauen. Das Anteilsverhältnis der Männer zu den Frauen stellt sich hier nahezu wie 3 : 5. Was nun die behandelten Personen anbetrifft, so ist deren Zahl seit 1897 auf fast das Elfache, diejenige der ständig behandelten Lungentuberkulösen Männer auf nahezu das Zwölffache, die Zahl der ständig behandelten Lungentuberkulösen Frauen auf mehr als das Zwanzigfache, die Zahl der ständig behandelten nichtlungentuberkulösen Männer auf mehr als das Fünffache und diejenige der Frauen dieser Gruppe auf nahezu das Neunfache gestiegen. Die nicht ständig behandelten Lungentuberkulösen Männer und Frauen zusammen haben eine Steigerung um etwa das Achtundzwanzigfache und die nicht ständig behandelten Männer und Frauen, die wegen anderer Krankheiten behandelt wurden, haben eine Steigerung um etwa das Dreiundzwanzigfache erfahren.

Wie schon eingangs erwähnt, ist die versicherungspflichtige Bevölkerung seit 1897 ebenfalls erheblich gestiegen. Das Anwachsen der Heilbehandlungsfälle wird nun am wirksamsten dadurch veranschaulicht, daß man die Zahl der in Heilbehandlung genommenen Personen der Zahl der versicherungspflichtigen Personen gegenüberstellt. Im Jahre 1897 wurden 10 564 Personen dem Heilverfahren unterworfen. Diefen gegenüber stand eine auf Grund der

verbollständigen das hier stizigerte Bild. Die Zahl der Unfälle nimmt in erschreckendem Maße zu. 1899 waren es 12 861, 1902 bereits 16 962, 1908 gar 19 387, die meisten davon in der Textil-, Metall-, Holz- und chemischen Industrie. Die Zunahme der Unfälle von 1899 bis 1908 betrug in der Textilindustrie 35,1 Proz., in der Maschinenindustrie und Bijouterie 102,2 Proz. (1), in der Metallindustrie 55,2 Proz., in der chemischen Industrie 69,7 Proz., in der Holzbearbeitung 43,5 Proz., bei den Bauarbeitern usw. 63 Proz. Durchschnittlich betrug die Steigerung 50 Proz. Jährlich verunglückten in der schweizerischen Industrie rund 15 000 Menschen — wobei zu beachten ist, daß die ganze Schweiz nicht mehr Einwohner hat wie Groß-Berlin oder Wien! Und das Schlimmere: es vermehren sich die Unfälle weit rascher als die Arbeiterzahl! Betrugs zum Beispiel die Zunahme der Arbeiter in der Textilindustrie in neun Jahren 15,2 Proz., so die Zahl der Unfälle 19,9 Proz. mehr! Insgesamt geht die Zunahme der Unfälle fast doppelt so schnell vor sich, wie die Zunahme der Arbeiterzahl! Auf 1000 Arbeiter entfielen in der Holzbearbeitung 1899 107,5 Unfälle, 1908 114,3. In der Industrie der Steine und Erden stieg diese Zahl von 83,7 auf 130,1, in der chemischen Industrie von 131,1 auf 143,3 usw. Getötet wurden in den neun Jahren in der Textilindustrie 90, in der Metallindustrie 168, von den Bau- u. s. w. 106, Holzarbeitern 86, chemischen Arbeitern 92, insgesamt 643 Arbeiter! Auch hierbei gilt, was oben gesagt wurde: Die Zahl der tödlichen Unfälle wächst rascher als die Zahl der Arbeiter! Stieg in neun Jahren die Zahl der Arbeiter um 11,8 Proz., so die Zahl der tödlichen Unfälle um 17,8 Proz.! Wie die Berichte konstatieren, sind 8,0 Proz. aller Unfälle einzig und allein auf Heberarbeit zurückzuführen, sowie auf Ueberanstrengung, also mit einer Folge der skandalös langen Arbeitszeit! Trotzdem wird diese lange Arbeitszeit andauernd künstlich verlängert. In der „freien“ Schweiz haben nämlich die Ausbeuter die Freiheit, von der Behörde die Erlaubnis zu Heberarbeit zu fordern. Davon wird natürlich reichlich Gebrauch gemacht. 1909 mußten in 1415 Fabriken usw. 26 900 Arbeiter Ueberstunden machen, in den neun Jahren vorher 267 436. Rund 16 Proz. aller Stablfementen mit 9,1 Proz. aller Arbeiter machten neben ihrer langen Arbeitszeit noch Ueberstunden! Auf jeden dieser Arbeiter entfielen im Durchschnitt der letzten neun Jahre jährlich 22,75 Ueberstunden. Außerdem hat der Ausbeuter in der freien Schweiz noch die Freiheit, Erlaubnis für Nacht- und Sonntagsarbeit von der Be-

hörde zu fordern. Auch von dieser Freiheit macht er reichlichen Gebrauch. Im Durchschnitt der letzten neun Jahre wurden von den Behörden jährlich 52 Bewilligungen für sogenannte Schichtarbeit, 115 für Sonntags- und 109 für Nachtarbeit erteilt. Für jede Bewilligung werden im Durchschnitt 455 Stunden berechnet, so daß also die Fabriken, die die Bewilligungen erhielten, im Durchschnitt 45 Arbeitstage gewonnen haben, in der Lebensmittelindustrie sind es gar 79!

Aber auch damit sind die Unternehmer noch nicht zufrieden: Sie lassen, entgegen dem Gesetze, ihre Arbeiter vielfach ohne behördliche Erlaubnis länger arbeiten und erhalten dann — d. h. wenn sie erwünscht werden — Strafen in Höhe von mindestens 30 Frank, ganz wie bei uns, so daß auch hier die Inspektoren klagen, wie einst Dr. Wörriehofen in Baden, daß durch derartige niedrige Strafen die Unternehmer nur zu immer neuen Uebertretungen ermuntert werden und obendrein ein gutes Geschäft machen.

Das wäre der Jammer der Arbeitszeit. Wie aber steht es mit den Löhnen in der Schweiz? Man höre, was der Sekretär des Gewerkschaftsbundes für 1909 festgestellt hat: Buchdrucker verdienen durchschnittlich täglich 6,90 Frank (1 Frank = 80 Pf. oder 85 Heller), Buchbinder 5,20, Gießer 4,50, Mechaniker, Schlosser usw. 5,40, Maurer 5,40, Handlanger 4,40, Maler und Gipser 6,70, Holzarbeiter 6,20, Küfer 5,90, Klaviermacher hatten ein Jahreseinkommen von 2000 Frank (1600 Mk. = 1700 Kronen), Bergolder 1820, Parkettleger 1790, Tapezierer 1840, Glaser 1740, Bildhauer 1910, Tischler 1680, Stellmacher 1570, Zimmerleute 1600, Korbmacher 1190, Schneider 1200 bis 1800, Schuhmacher 1500 bis 1950 Mk. usw.

Wie „gut“ man mit solchen „Löhnen“ in der Schweiz leben kann, mögen ein paar Angaben über Lebensmittel illustrieren: Die Mieten sind entsetzlich teuer. Zur Durchschnitt berechnet man auf das Zimmer bei einer Zweizimmerwohnung ohne Mansarde 212, bei einer Dreizimmerwohnung 195 Frank, so daß also (diese Zahlen gelten für die ganze Schweiz), eine Zweizimmerwohnung über 400, eine Dreizimmerwohnung über 570 Frank kostet, bei Wohnungen mit Mansarden 390 bis 530 Frank. Laut Statistik des Metallarbeiterverbandes hätte durchschnittlich ein Metallarbeiter zu zahlen pro Jahr bei einer Familie von fünf Köpfen für Wohnung 384 Frank, für Nahrung 1170 Frank, Kleidung 250 Frank, Bildung und Vergnügen inkl. Schule, Bier, Zigarren usw. 100 Frank, für Steuern 55 Frank usw., das macht über 2000 Frank im Jahre. Aber nur die wenigsten verdienen diese Summe. Die Hausfrauen können sich leicht ausrechnen, wie sparjam sie sein

müssen bei folgenden Preisen im Lebensmittelbereich der Arbeiter in Zürich: Brot pro Pfund 20 Rappen (16 Pf., 17 Heller), Butter 2 Frank (1,60 Mk., 1,70 Kronen), Kaffee 2,70—3,80 Frank, Eier pro Stück 1—14 Rappen, Kaffee (gewöhnl.) 1,20 bis 1,40 Frank, Karoffeln 7 Rappen, Milch 25 Rappen, Fleisch: Rindfleisch zur Suppe 1,40 Frank, zum Braten, Filet usw., bis 2,80 Frank, Schweinefleisch 2 Frank, Kalbfleisch 2 Frank, Wurst 1,45 bis 2 Frank pro Pfund, Zucker 32 Rappen, Kohlen 2,20 Frank pro Zentner. Das Mastieren kostet 30—40 Rappen, Haarschneiden 50 Rappen, ein Mittagessen für ledige Arbeiter zirka 1 Frank (ohne Getränke), ein paar Schuhe zu Welschen 4—5 Frank. . . . Und alles wird teurer! Viel schneller steigen die Lebensmittelpreise als die Löhne. Von 1893 bis 1909 stiegen zum Beispiel die Löhne durchschnittlich um 25 Proz., die Lebensmittelpreise um 30—35 Proz., die Mietpreise gar um 37 bis 41 Proz.! In der Schweiz zählt obendrein der Bürger die höchsten Zölle. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 21 Frank, so daß eine Familie von fünf Köpfen jährlich 105 Frank Zölle zahlen muß. Dazu kommen 109 Frank für den Militarismus, der jährlich über 50 Millionen Frank verschlingt u. a. m. Wenn aber der Arbeiter versucht, durch einen Streik seine Lage zu verbessern, dann wird das Militär mobil gemacht, und zwar viel schneller noch als in der Monarchie! In diesem Jahre wurde allein dreimal Militär requiriert: beim Maurerstreik in Zürich, beim Tischlerstreik in Davos und beim Schneiderstreik in Montreux. Viele Arbeiter wurden wegen Streikpostenlängen lange Wochen eingesperrt, mißhandelt und, soweit sie Ausländer waren, für mehrere Jahre ausgewiesen. Ja, ja, der Profit der Kapitalisten ist auch in der Schweiz ein Kräutchen Rührmichnichtan, das mit allen Machtmitteln behütet werden muß. Wenn trotz alledem so viele Arbeiter in die Schweiz kommen, so deshalb, weil sie bei dieser Gelegenheit die Alpen genießen, weil sie in der Westschweiz französisch, im Tessin italienisch lernen wollen, und andere wieder kommen, weil sie auch einmal in der Schweiz gewesen sein wollen. Aber es geht hier nicht, wie vor der Höhe des Löwen, wo man wohl die Spuren derer sah, die hinein, aber nicht dazwischen, die herauskamen; die meisten Zugewanderten verlassen über kurz oder lang das Land, das Schiller in so glühenden Farben geschildert hat, um eine Erfahrung reicher und mit dem Geminn der Ueberzeugung: solange die Demokratie kapitalistisch ist, ist sie keinen Pfifferling wert, erst in der sozialen Demokratie wird der Arbeiter menschenwürdig leben! Robert Albert.

Berufs- und Gewerbeversicherung von 1895 ermittelte versicherungspflichtige Bevölkerung von 11 813 259 Personen. Hiernach wurden auf 10 000 Versicherte nur 9 Personen in Heilbehandlung genommen. Für das Jahr 1909, in welchem 101 158 Personen behandelt wurden, ist zum erstenmal die auf Grund der Berufs- und Gewerbeversicherung von 1907 ermittelte versicherungspflichtige Bevölkerung — 14 631 390 Personen — in Rechnung gezogen worden. Auf 10 000 Versicherte wurden demnach 69 und im Jahre 1910 bei 114 310 Heilbehandlungsfällen 78 Personen behandelt.

Im Jahre 1910 sind 40,87 auf Hundert aller Behandelten wegen Lungen- oder Kehlkopf-Tuberkulose, 0,16 auf Hundert wegen Lupus und 58,97 auf Hundert wegen anderer Krankheiten behandelt worden. Von den Tuberkulösen sind 97,63 auf Hundert, von den anderen Kranken 56,38 auf Hundert in ständige Heilbehandlung und 2,37 bzw. 48,02 auf Hundert in nichtständige Heilbehandlung genommen worden. Der im Verhältnis zu allen sonstigen Kranken außerordentlich hohe Prozentsatz von behandelten Tuberkulösen zeigt uns, wie stark die Tuberkulose unter der arbeitenden Bevölkerung verbreitet ist. Nach einer für die Jahre 1896 bis Ende 1899 im Reichsversicherungsamt bearbeiteten, insgesamt 315 089 Rentenempfänger umfassenden Statistik der Invaliditätsursachen nimmt von 28 Invaliditätsursachen die Tuberkulose der Lungen bei Männern die dritte, bei Frauen die zweite Stelle ein. Es leidet von allen männlichen Arbeitern aus dem Bergbau und Güttenwesen, Industrie und Bauwesen, die bis zum Alter von 35 Jahren invalide werden, mehr als die Hälfte (im Alter von 20 bis 24 Jahren sogar beinahe zwei Drittel) an Lungentuberkulose; ebenso ungünstig ist das Verhältnis bei weiblichen Rentenempfängerinnen der gleichen Berufsgruppen im Alter von 20 bis 24 Jahren, während im Alter von 25 bis 29 Jahren bei nahezu der Hälfte (47 vom Hundert) und im Alter von 30 bis 34 Jahren noch bei 37 vom Hundert aller invaliden Frauen aus diesen Berufsgruppen die Tuberkulose auf Lungentuberkulose zurückzuführen ist. Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft werden zwar seltener infolge dieser Krankheit invalide; immerhin entfallen noch mehr als 37 Tuberkulose auf 100 männliche Rentenempfänger der ländlichen Berufe im Alter von 20 bis 24 Jahren. Für die Versicherten im Handel und Verkehr stellt sich bei invaliden Männern im Alter von 20 bis 30 Jahren das Verhältnis so, daß mehr als die Hälfte aller Invaliditätsfälle auf Lungentuberkulose beruht, während mindestens der vierte Teil aller 20 bis 30 Jahre alten invaliden Frauen aus häuslichen Diensten tuberkulös ist.

Was die Dauererfolge bei der Behandlung der Tuberkulose anbetrifft, so lehrt die Statistik, daß die Frauen durchweg bessere Dauererfolge, und zwar 3 bis 8 vom Hundert, aufzuweisen haben als die Männer. Andererseits haben sich in den Behandlungsjahren 1907 und 1909 sowohl bei den Männern als bei den Frauen die Dauererfolge gegenüber dem Jahre 1905 gehoben. Vergleicht man die verbleibenden Erfolge am Schlusse der ersten Jahre nach dem Behandlungsjahr, so ergibt sich für die 1905 Behandelten am Schlusse des Jahres 1906 ein Dauererfolg von 63 vom Hundert bei Männern und 67 vom Hundert bei Frauen, für die 1907 Behandelten am Schlusse des Jahres 1908 ein Dauererfolg von 64 vom Hundert bei Männern und 69 vom Hundert bei Frauen und für die 1909 Behandelten am Schlusse des Jahres 1910 ein Dauererfolg von 68 vom Hundert bei Männern und 71 vom Hundert bei Frauen. Die Dauererfolge sind also hier bei den Männern um 5, bei den Frauen um 4 vom Hundert gestiegen. Bei diesen günstigen Aussichten dürfte die Forderung auf eine Erweiterung statt Einschränkung des Heilverfahrens nur zu berechtigt sein. Die Anfangserfolge bei der Behandlung der Lupus weisen ebenfalls hohe Ziffern auf.

Unter sonstige Aufwendungen wurden 1910 zur Durchführung einer geordneten Krankenpflege auf dem Lande an Frauenvereine, Krankenpflege-Stationen usw. 339 935 Mark gewährt. Krankenfürsorge-Vereine und andere Einrichtungen (Wald-erholungsstätten) erhielten 624 626 Mark. In Invalidenhäuserpflege wurden 1910 genommen 722 Männer und 238 Frauen. Ein Arbeitszwang besteht in mäßigem Umfang in den Heilstätten von 10 Versicherungsträgern. Diese Arbeit wird bei diesen ärztlich bedingt und gilt als Heilfaktor. Vorzugsweise werden Feld-, Wald-, Garten- und Hausarbeit, in einzelnen Fällen auch Werkstattarbeit verrichtet. Die Arbeitsdauer in den Heilstätten ist verschieden. Im Höchsthalle beträgt sie 6, im niedrigsten Falle eine halbe bis eine Stunde. Eine geringe Vergütung — 5 bis 15 Pf. die Stunde — für die von den Pflanzlingen geleistete Arbeit wird in vier Fällen gezahlt. In einzelnen Invalidenhäusern werden die Pflanzlinge ebenfalls mehr oder weniger entsprechend beschäftigt und erhalten dafür Arbeitsprämien.

Zum Schlusse sei noch darauf hingewiesen, daß wegen Zahnerkrankungen im Jahre 1910 insgesamt 25 200 Personen (13 417 Männer, 11 843 Frauen) behandelt wurden. Geschlechtskrankheiten nahmen die Versicherungsanstalten in demselben Jahre 677 (473 Männer, 204 Frauen) und Alkoholtrinker 677 (670 Männer und 7 Frauen) in Behandlung. Vergleicht man nun noch die Kosten der Heilbehandlung mit den Einnahmen der Versicherungsträger aus Beiträgen, so ergibt sich, daß diese Kosten nach Abzug der Erstattungen durch die Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. im Jahre 1910 10,7 gegen 10,3 vom Hundert im Jahre vorher betragen. Die Einnahmen aus Beiträgen stiegen von 188 465 844 Mk. im Jahre 1909 auf 197 325 509 Mark im Jahre 1910. Hoffentlich läßt man bei solcher Vermögenszunahme keine Einschränkung des Heilverfahrens eintreten.

Bewegung im Berufe.

Jahrgang ist fortzusetzen nach folgenden

Brauereien:

Kornbrauerei Wittenberg.

Malzfabriken:

Malzerei-Aktien-Gesellschaft in Hamburg; Malzfabrik Schiller & Co. Ludwigshafen.

Die Kollegen allerorts werden ersucht, den Zahlstellen-vorständen in Hamburg resp. Ludwigshafen mitzuteilen, in welchen Brauereien Malz aus den vorstehenden Malz-fabriken verarbeitet wird.

Brauereien und Breibehfabriken.

Kornbrauerei und Breibehfabrik Akt.-Ges. in Leer.

Mühlen:

Mlt. Wittenhanien; Lauffenbach, Bochum; Leipzig; Schiefermühle Erlangen.

Mehlbockfott.

Die Produkte der Mühlenfirma M. Mlt in Witten-hausen sind bockfottiert. Herr Mlt sucht Abnehmer in Süd-deutschland, Sachsen und Thüringen. Kollegen allerorts, sorgt für strenge Durchführung des Bockfotts, sobald euch näherer Bescheid zugeht.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

† Chemnitz. Tarifvertrag. Ein Tarifvertrag auf ein Jahr wurde mit der Stadtbrauerei Limbach G. m. b. H. und dem Verband der Brauerei- und Mühlen-arbeiter abgeschlossen, wodurch die 14stündige Arbeitszeit für den inneren Betrieb eingeführt wurde. Für Vierjahrer ist im Sommer die 10stündige und im Winter die 11stün-dige Ruhepause festgelegt. Die Lohnzulagen für Brauer betragen pro Woche 2 Mk., für Hilfs- und Flaschenkeller-arbeiter 2—4 Mk., für Vierjahrer beträgt der Anfangslohn pro Woche 25 Mk., steigend jährlich um 1 Mk. bis 27 Mk., bisher gezahlte Prozenten werden beibehalten. Die Ent-schädigung für Ueberstunden erfuhr eine wesentliche Er-höhung und werden dieselben jetzt mit 50 Pf. pro Stunde vergütet. Alle Arbeiten, welche an Sonn- und gesetzlichen Wochenfeiertagen zu verrichten sind, j-ht auch das Füllern und Putzen der Fässer, werden mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt. Erholungsurlaub erhält jeder Arbeiter nach einem Jahre 3 Tage, steigend jährlich um 1 Tag bis 6 Tage. Der § 616 B. G. B. wurde wie folgt geregelt: alle Verurteilungen durch Militär- und Zivilbehörden, wichtige Vorkommnisse in der Familie bis zu einem Tag dürfen vom Lohn nicht ge-fürzt werden. Bei militärischen Übungen bis zu vierzehn Tagen wird der Lohn fortbezahlt, desgleichen bei Krank-heiten die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld eben-falls für 14 Tage.

Dieser Erfolg ist ein guter zu nennen, um so mehr, da ein Teil der Arbeiter noch jung organisiert ist. Viel dazu beigetragen hat das große Entgegenkommen der Direktion. Ein Beispiel für die Brauereiarbeiter in Hohenstein, welche noch nicht den Mut gehabt haben, sich der Organi-sation anzuschließen, besonders die der Brauerei Heil-mann a. u. S. Schon öfter wurde dort der Versuch gemacht, die Kollegen aufzuwecken, welche im Geschäft wohnen, um sie für die Organisation zu gewinnen, aber jedesmal wurden die betreffenden Kollegen von Herrn Heilmann vom Hofe gemieden. Wir sind der Meinung, daß Herr Heilmann nur die Arbeitskraft gekauft hat, nicht aber das Koalitionsrecht. Es ist geradezu unverständlich, wie in diesem Betriebe seitens des Besitzers alles daran gesetzt wird, um die Or-ganisation fernzuhalten, sind es doch meistens organisierte Arbeiter, welche Heilmanns Bier konsumieren. Den Kollegen von Hohenstein rufen wir zu, hinein in den Ver-band der Brauerei- und Mühlenarbeiter, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

† Dingolfing. Die in der Brauerei Waffer-burger beschäftigten Kollegen erhielten infolge Ein-greifens des Verbandes die Monatslöhne um 5 Mk. aufge-bessert. Die Arbeitszeit wurde um 1/2 Stunde pro Tag gekürzt.

† Emborf. Die in der Brauerei Eisele beschäf-tigten Kollegen erzielten Verkürzung der Arbeitszeit um 1/4 Stunde pro Tag und Erhöhung der Wochenlöhne um 1,50 Mk.

† Essen. In Essen ist die Selbstzuchtung weit ver-breitet. Die Aktienbrauerei übt diese Praxis schon lange und das Brauhaus Essen hat sich dem an-geschlossen, obwohl beide Brauereien wissen, daß sie zu einem wesentlichen Teile auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft angewiesen sind und der größte Teil der hiesigen Bürgerwehr mit den gewerkschaftlichen Organi-sationen sympathisiert. Beide Brauereien scheinen sich aber nicht daran zu stören, sondern versuchen mit den ber-schiedensten geheimen und offenen Mitteln, teils mit Klein-licher Schikane, teils mit brutaler Arbeitsmethode den Verband der Brauereiarbeiter zu untergraben, um den gelben Hund desto mehr emporzupöppeln. Eine genaue Schilderung der Maßregeln der beiden Brauereileitungen werden wir noch bringen. Bemerk sei vorläufig, daß die bisherigen gütlichen Einigungsversuche an der ablehnenden Haltung der beiden Brauereileitungen scheiterten. Das Gewerkschaftskartell als Vertreter der freiorganisierten Arbeiterschaft hat sich nun mit den Beschwerden unseres Verbandes befaßt und zunächst folgenden Beschluß gefaßt: Die heutige Sitzung des Gewerkschaftskartells hat Kenntnis genommen von den Beschwerden des Brauerei-arbeiterverbandes über die Aktienbrauerei Essen und das Brauhaus Essen. Der Brauereiarbeiterverband klagt darüber, daß von den genannten Brauereien schon seit Jahren bei der Einstellung von Arbeitskräften immer nur Mitglieder des Bundes der Brauereigenossen eingestellt und die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes stets zurück-gewiesen werden. Durch diese Maßnahme wird das Koalitionsrecht der Brauereiarbeiter illusorisch gemacht. Die dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Gewerk-schaften haben circa 15 000 Mitglieder, die doch zweifellos zu einem großen Teil als Konjumenten der Produkte ge-nannter Brauereien in Betracht kommen. Daher erwartet das Kartell von den Brauereien, daß sie in Zukunft gegen-über dem Brauereiarbeiterverband bei der Einstellung von Arbeitskräften eine andere Stellung einnehmen, im anderen Falle muß angenommen werden, daß die Brauereien in ihren Betrieben vor und nach das Koalitionsrecht vernichten wollen. Das Gewerkschaftskartell wird das Koalitionsrecht der Brauereiarbeiter mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen wissen.

† Landau. Tarifvertrag. Das Personal der Lan-dauer Aktienbrauerei zum Englischen Gar-

ten hat sich in letzter Zeit dem Verbands angegeschlossen, auch aus der endlichen Erkenntnis heraus, daß nur durch die Organisation die Verhältnisse gebessert werden können. Sobald man höheren Orts Kenntnis davon erhielt, fehlten auch Gegenmaßnahmen ein, besonders wurden auch vier Arbeiter entlassen. Vorstellungen seitens der Vertreter des Verbandes und des Gewerkschaftskartells in Landau waren nutzlos, Herr Direktor Krause erklärte ihnen, über die Ent-laffung von Arbeitern bin ich mir nur selbst Rechenschaft schuldig. Auf dieses hin hat das Gewerkschaftskartell den Boykott über die Brauerei verhängt.

Durch Vermittelung des Gewerbersrats, Herrn Mößinger, fanden am 19. Oktober Verhand-lungen zwecks Beilegung der Differenzen statt, die auch zu einem befriedigenden Ergebnis führten. In dieser Ver-handlung kam eine Vereinbarung zustande, wonach die Brauerei die gerichtlichen Schritte, wie einstweilige Ver-sägung gegen die Druckerei Gerisch u. Co. in Ludwigshafen, Brecht & Kranz, Kartellvorsitzender in Landau und S. Hlz. Geschäftsführer in Karlsruhe, zurückzog und andererseits die maßgebenden Instanzen den verhängten Boykott für aufgehoben erklärten. Ebenfalls wurde ver-einbart, unverzüglich in Unterhandlung zwecks Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten.

Diese weiteren Unterhandlungen fanden gleich in dem nächsten Tagen im Beisein des Gewerbersrats statt und führten zum Abschluß eines Tarifvertrages, welcher bis zum 1. April 1915 Gültigkeit hat. Danach erhalten die zurzeit in der Brauerei tätigen Arbeiter zu ihrem jetzigen Monatslohn eine Zulage von je 5 Mk. Dieser erhöhte Monatslohn wird in Wochenlohn umgerechnet und ausbe-zahlt. Am 1. November jeden Jahres rücken die Arbeiter in die nächsthöhere Lohnklasse auf. Die Arbeitszeit, welche im Sommer von 5—6 Uhr, im Winter von 6—6 Uhr mit 2 1/2 Stunden Pausen dauert, soll strikte eingehalten werden, was früher nicht der Fall war; Ueberstunden werden an Handwerker und Maschinisten mit 60 und 70 Pf., an alle übrigen Arbeiter mit 40 und 50 Pf. vergütet. Ebenso erhalten die Vierjahrer bei Fahrten in die Stadt und Um-ggebung von abends 7 Uhr ab Ueberstunden bezahlt. Die Wegegelde bei auswärtigen Touren betragen 3 Pf. pro gefahrenem Kilometer. Wird die Mindestruhezeit zwischen zwei Touren nicht eingehalten, so haben die Vierjahrer auch hierfür Ueberstunden zu beanspruchen. Außerdem werden Ausfahrten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen in der Zeit bis mittags 12 Uhr mit 2 Mk., darüber hinaus mit 4 Mk. entschädigt. Für die siebente Schicht wird eine Zu-lage von 5 Mk. gewährt. Alle Arbeiter erhalten jeden dritten Sonntag 36 Stunden frei. Sonstige soziale Ver-besserungen sind die Bezahlung des Differenzgeldes in Krankheitsfällen und Entschädigung bei Einberufung zu militärischen Übungen auf die Dauer von 14 Tagen, sowie Gewährung eines Urlaubes von zwei bis fünf Tagen. Die festgesetzten Wochenlöhne mit jährlicher Steigerung be-tragen pro Woche: für Maschinisten und Handwerker 24, 25, 25,50 Mk., für Brauer, Mälzer, Küfer und Geizer 23, 24, 24,50 Mk., für Vierjahrer und Hilfsarbeiter 22, 23, 23,50 Mk., für Flaschenkellerarbeiter und Mitscher unter ach-tzehn Jahren 16, 17, 17,50 Mk.

Der Einstellungslohn hat sich somit ganz bedeutend er-höhrt, wenn man in Betracht zieht, daß derselbe bisher 85 Mk. und darunter für gelehrte Arbeiter betragen hat und 70—80 Mk. für Hilfsarbeiter. Diese Löhne findet man noch in der ganzen Südpfalz; in manchen Brauereien bezahlt man noch miserabler. Mit Lammsgeduld ertragen die Kollegen dieses Schicksal, und wenn man sie auf die Fortschritte an anderen Orten verweist, hört man immer wieder dieselbe Antwort: Ja, bei uns ist nichts zu machen! Daß etwas zu machen ist und diese Zu-stände beseitigt werden können, hat sich jetzt bewiesen in der Landauer Aktienbrauerei. Die Arbeiterchaft hat ge-zeigt, daß sie die unterdrückten und ausgebeuteten Brauerei-arbeiter tatkräftig unterstützt, wenn es notwendig ist. Darum sollten die Kollegen in der Umgebung von Landau nicht mehr länger säumen, sich der Organisation anzu-schließen. Fort mit der Heftigkeit und Jaghaftigkeit und Mut gefaßt. Schließt euch zusammen, tretet ein in den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Keiner hat etwas zu verlieren, als höchstens eine erbärmliche Existenz; zu gewinnen aber haben wir viel, ein besseres menschen-lös, auskömmlichen Lohn und geregelte Arbeitszeit, zum Besten für euch selbst, eure Familie und der ganzen Kultur.

† Mainz. In der Rheinischen Brauerei er-hielten die dort beschäftigten Chauffeure infolge des Vor-gehens des Verbandes Lohnaufbesserungen von 1—3 Mk. pro Woche. Die zu leistende Sonntagsarbeit (Fahren) wird durch eine Pauschale extra entschädigt bis zu drei Stunden mit 1,50 Mk., von 3—6 Stunden mit 3 Mk., bei längerer Dauer mit 4,50 Mk. Außerdem tritt eine Er-höhung der Kilometergelder ein.

† Rorbach. Tarifvertrag. Die Graflich Lörring-Lettenbach'sche Brauereiverwaltung, Herr Domänendirektor Landshuler, hat mit der Verwaltung München einen Tarifvertrag rückwirkend ab 1. Oktober 1911 abgeschlossen. Die tägliche 14stündige Präsenzzeit wurde herabgesetzt auf 12 1/2 Stunden durchschnittliche Präsenzzeit von 5 bezw. 5 1/2 Uhr morgens bis 5 1/2 bezw. 6 Uhr abends, mit einer 10stündigen Arbeitszeit. Die täg-liche Arbeitszeit reduzierte sich um 1/4 bezw. 1 Stunde. Die Sonntagsarbeit wird auf das Neueste eingeschränkt. Die bestanden Monatslöhne von 70 und 80 Mk. werden in Wochenlöhne von 21 bis 24 Mk. umgeändert, die Arbeiter erhielten somit eine wöchentliche Aufbesserung von 3,50 bis 4 Mk. Einen Wohnungszuschuß von 1 Mk. erhalten außer-dem die verheirateten Arbeiter. Die Wochentagsbierjour wird mit 35 Pf. täglich entschädigt, die Sonntagsbierjour mit 1 Mk. Werden die Arbeiter außer Bierabgeben noch zu anderen Arbeiten verwendet, so werden sie dementsprechend vergütet. Die nichtverbrauchten Biermarken er-halten die Arbeiter bis zu 4 Stück täglich per Stück zu 15 Pfennig vergütet. Nach einjähriger Dienstzeit erhalten die Arbeiter einen Urlaub von 3 Tagen. In Krankheitsfällen erhalten die Arbeiter die ersten 10 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld voll vergütet. Bei mili-tärischen Übungen wird bis 20 Tagen täglich 1 Mk. ver-gütet. Einige kleinere Angelegenheiten sind noch uner-ledigt, die auch in den nächsten Tagen in Ordnung gebracht

werden können, so daß auch in diesem Betrieb die Arbeiter unter geregelten Verhältnissen arbeiten.

Mit Rücksicht auf die in der dortigen Gegend bisher zurückgebliebenen Verhältnisse sind die Erfolge nicht von der Hand zu weisen, die sich die Arbeiter durch die geschlossene Organisation erringen haben.

Niederlagen, Seltersfabriken.

† **Nierstein.** Mit der Leitung der hiesigen Niederlage der Brauerei Berger in Worms gepflogene Verhandlungen ergaben Lohnzulagen von 14 Mk. pro Monat für alle dort beschäftigten Kollegen.

† **Wiesbaden.** Mit der Leitung der hiesigen Niederlage der Mainzer Aktienbrauerei gepflogene Verhandlungen ergaben für die in dem genannten Betrieb beschäftigten Kollegen Lohnerhöhungen von 2 Mk. pro Woche.

Malzfabriken.

† **Dachau.** In der Malzfabrik Dachau, einer Filiale der Münchener Exportmalzfabrik A.-G. in München wurde der dortige Tarifvertrag rückwirkend ab 1. August 1911 mit dem Verbands erneuert. Die Arbeitszeit wurde wöchentlich um 1 1/2 Stunden verkürzt und der Wochenlohn innerhalb der Tarifdauer um 2,50 Mk. erhöht. Verschiedene kleinere Sachen wurden tariflich festgelegt.

Die Arbeiter würden zweifellos in bezug auf Sonntagsarbeit mehr Erfolg gehabt haben, wenn sie sich nicht von der Direktion verführen ließen. Die Mälzereien würden es lieber sehen, wenn die Arbeiter den vollen Sonntag umsonst arbeiten würden, auch dann würde noch das Schlagwort herhalten müssen, es geht nicht anders, weil das Produkt leidet. Die Arbeiter haben wohl noch den letzten Streik in Erinnerung, welchen Standpunkt die Direktion damals eingenommen hat.

† **Hamburg.** Streik. Die Mälzerei-Aktien-Gesellschaft hat nun auch zu der Schutztruppe der Hinzbrüder gegriffen, die sie von der Streikbrecherbermittlerin Auguste Müller zugewiesen erhielt. Zwei gelehrte Mälzer, welche in Unkenntnis der Differenzen dort in Arbeit getreten waren, haben, trotz Versprechungen und Schimpereien seitens des Malzmeisters Hüniger, dieses Eldorado wieder verlassen. Dagegen haben sich jetzt neben den Hinzbrüder zwei Bundesgenossen Namens A. Nürnberg und W. Thomas und ein Indifferenter Namens Fink als Arbeitswillige eingefunden, die in Gemeinschaft mit den Hinzbrüder den Betrieb retten wollen und die Standesheer, jede Gruppe nach ihrer Art, heben. Die Betriebsleitung konnte sich bisher immer noch nicht herbeilassen, sich mit dem um bessere Verhältnisse kämpfenden Arbeitern zu verständigen. Sie behilft sich mit Leuten, so ungeeignet dieselben für ihren Betrieb auch sein mögen. Alle bisher gemachten Anstrengungen, brauchbare Kräfte zu bekommen, waren vergebens. Wir können die Sehnsucht des Malzmeisters Hüniger nach den bisherigen und eingearbeiteten Leuten verstehen und finden seine Versuche, einzelne Streikende umzustimmen, begreiflich. Recht bitter ist es allerdings für ihn, daß seine Befehrsarbeiten noch immer ohne Erfolg geblieben sind. Wir wollen einmal indistret sein und ihm verraten, daß er die Leute wieder haben kann, sobald die Betriebsleitung ihren abstrakten Standpunkt verläßt und den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt. Nicht um das Können handelt es sich in dieser Angelegenheit bei der Betriebsleitung, sondern einzig um etwas guten Willen. Mit Angeboten, wie sie jetzt bei Umwerbung von Arbeitswilligen in den entlegenen Orten gemacht werden, konnte man ohne weiteres die Arbeiter befriedigen. Reisegeld, Vorschüsse, Vermittlungsgeldern und manche Unannehmlichkeiten könnte sich die Betriebsleitung ersparen. Mit den gegenwärtigen Malsreihern, gegen die die weitgehendste Rücksicht geübt wird, sind freilich keine Rosen zu pflücken. Recht eigenmächtig ist es aber, daß der Malzmeister das Bestehen eines Streiks, insbesondere den um Arbeit antragenden Kutschern gegenüber in Abrede stellt. Man soll denn doch sagen, was ist. Daß die Behörde ihren Schutz der Fabrik angeheißt läßt und die Streikposten auf das gegenüberliegende Trottoir verweist, obwohl noch nicht das Geringste vorgekommen ist, ist ja weiter gar nicht mehr verwunderlich. Dadurch werden die Streikenden ihre Ruhe und Besonnenheit nicht verlieren. Sie werden weiter kämpfen, bis ihnen das zuteil wird, was in anderen Betrieben schon seit Jahren eingeführt ist und ihre Organisation anerkannt wird.

Herr Direktor Alhorn scheint in ganz Deutschland Streikbrecheragenten in Bewegung gesetzt zu haben. Sonnabend kam wieder so ein Seelenverkäufer mit vier unorganisierten Schloßern, die als Mälzer tätig werden sollten, aus Essen a. Ruhr an. Zwei Brauer, als sie erfuhren, wohin die Reize gehen sollte, sollen ihm unterwegs ausgerückt sein. Die Freude des Herrn Direktors Alhorn, nun endlich die so sehnlichst erwünschten nützlichen Elemente gefunden zu haben, sollte aber nur von kurzer Dauer sein. Bereits nach einer Tagesarbeit erschienen die vier Schloßler, nachdem sie gewährt wurden, zu welcher ehrolojer Arbeit sie benützt werden sollen, auf dem Streikbureau und erklärten, daß sie weder solche Arbeiten verrichten, noch unter den Elementen der Hinzgarde sich aufhalten wollten und reisten sofort wieder ab. Das eine Gute bezweckt die Direktion, daß sie für Herbeischaffung von Arbeitswilligen, die ihr aber immer wieder ausrücken, einige hundert Emmchen los wird. Darauf kommt es ihr aber gar nicht an, denn wenn es gilt, ehrlich und redlich um ihr Brot kämpfenden Arbeitern den Fuß in den Nacken zu setzen, ist Geld in Hülle und Fülle vorhanden. Bezeichnend ist aber, daß die Betriebsleitung den angeworbenen Leuten, welche unwissend einen Tag als Arbeitswillige gearbeitet haben, nicht einmal den Lohn dafür ausbezahlt, sondern erklärt, die Leute sollen sich an den Agenten wenden. Natürlich ist bei diesem nichts zu wollen und so kommen die Leute auch noch um ihren verdienten Lohn.

Es kann vor den von der Betriebsleitung zur Anwerbung von Streikbrechern ausgesandten Agenten, die natürlich ihren Opfern den Streik und auch die über die Mälzerei A.-G. verhängte Sperre verschweigen, nur gewarnt werden. Zugug ist fernzuhalten.

† **Ludwigshafen.** Streik. Die Arbeitswilligen der Malzfabrik Schoeffler u. Co. werden sehr gut in Schutz genommen. Teils durch die „liebe“ Polizei, teils durch den Obermälzer werden dieselben von und nach dem Betriebe geleitet. Nicht besonders liebenswürdige Mide-

riert aber Herr Schoeffler dem Streikposten zu, und die Polizei ist recht besorgt, daß er an seiner Gesundheit keinen Schaden nimmt. Die Streikposten erhielten Polizeibefehl, nicht immer nach der Fabrik zu gehen, weil sich der Herr darin ärgert. Vielleicht besorgt die Ludwigshafener Polizei Schenkungen für die Streikposten, die sich gewiß noch bei anderen Streiks verwenden lassen. Um Arbeitswillige bemüht sich auch Herr Direktor Mühle von der Mannheimer Malzfabrik Käferal. Einen Arbeiter namens Schröder von Käferal, der letzte Woche durch die dortige Polizei nachts um halb 3 Uhr aus dem Betriebe der Mannheimer Malzfabrik entfernt wurde, weil sich Schröder und der Malzmeister mit der Kofsgabel das „gegenseitige gute Einverständnis“ gezeigt haben, sowie dessen Sohn, der für die Sünden seines Vaters zu büßen hatte und ebenfalls mit einem Fußtritt beehrt wurde, hat Herr Mühle in den bestreikten Betrieb in Ludwigshafen gebracht. Beide wollten sich anfänglich nicht zu dem schönen Handwerk eines Streikbrechers hergeben. Aber Schröder hat eine Wohnung von der Mannheimer Malzfabrik, welche ihm auf 1. November gekündigt wurde. Diese Kündigung sollte rückgängig gemacht werden, wenn er als Streikbrecher arbeitet. Dieses hat natürlich gezeugen. Auf diese Weise bekommt das Unternehmertum Streikbrecher. Die streikenden Arbeiter werden trotz solcher Erfahrungen aushalten im Kampfe, bis der Starrsinn der Betriebsleitung gebrochen ist und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse denen in den anderen Mälzereien gleichgestellt sind.

Die Kollegen werden ersucht, an die Zahlstelle Mannheim mitzuteilen, welche Brauereien Malz von der Malzfabrik Schoeffler u. Co. in Ludwigshafen verwenden.

† **München.** Tarifvertrag. Mit der Malzfabrik Stubenvoll, Besitzer Herr Karl Seiler, wurde der Tarifvertrag zum drittenmal erneuert. Der Mindestlohn beträgt nun für Mälzer 32 Mk. pro Woche, ab 1. September 1912 33 Mk. und ab 1. September 1913 34 Mk. Der Lohn der Darffagen ist 34 Mk. und erhöht sich wie bei den Mälzern bis 36 Mk. pro Woche. Für Hilfsarbeiter, wenn solche beschäftigt werden, ist der Lohn 28 Mk., steigend bis 32 Mk. Die Sonntagsarbeit wird für alle Arbeiter pro Stunde mit 80 Pf. vergütet. Ueberstunden an Wochentagen werden mit 75 Pf. entschädigt. Die Arbeitszeit wurde von 9 1/2 auf 9 1/4 Stunden herabgesetzt. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 4 Uhr Arbeitsschluß ohne Lohnabzug, desgleichen an nichtgesetzlichen Feiertagen. Einen Urlaub von 5 Tagen erhalten alle Arbeiter unter Fortbezug des Lohnes nach einer Malzperiode und steigend jedes Jahr um einen Tag mehr bis zu 7 Tagen. In Krankheitsfällen erhalten die Arbeiter zu dem bezogenen Krankengeld jebiel Zuschuß geleistet vom 2. bis 14. Krankentage, daß bei den Verheirateten der Gesamtlohn und bei den Ledigen 2/3 des Lohnes erreicht wird. Die Arbeiter erhalten allwöchentlich 2 Badebilletts a 15 Pf., sofern der Betrieb nicht eine Badegelegenheit zur Verfügung stellt.

In den Mälzereien sind die Tarife erneuert mit Ausnahme eines Betriebes, wo der gegenwärtige Tarif noch bis 1. Januar 1912 Geltung hat. In einem weiteren Betrieb haben die Kollegen bereits Vorbereitungen zu einem Tarifabschluß getroffen. Sämtliche Mälzer stehen geschlossen im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und haben in den letzten Jahren eine Reihe von Verbesserungen erzielt.

† **Ochsenfurt.** Tarifvertrag. Einen schönen Erfolg erzielten die Kollegen der Malzfabrik E. S. G. M. Kauh. Am 17. Oktober wurde ein Tarif an die Firma eingereicht, am 24. Oktober wurde dieser nach ausgiebigen mündlichen Verhandlungen unterzeichnet. Die Lohn-erhöhung beträgt für Mälzer und Darffagen 2 Mk. wöchentlich, eine weitere Lohnzulage von 1 Mk. wird bei Beginn der nächsten Kampagne gewährt; Hilfsarbeiter erhalten eine Aufbesserung von 10 Proz. Die Bezahlung der Ueberstunden mit 50 Pf. pro Stunde wurde neu eingeführt. Die Arbeit an Sonn- und Feiertagen wurde um fünf Stunden verkürzt. In bezug auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde vereinbart, daß in Krankheitsfällen auf die Dauer von 14 Tagen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt und bei Versäumnissen bis zu einem Tage in besonderen Fällen ein Lohnabzug nicht gemacht wird.

Berücksichtigt man die örtlichen Verhältnisse, so können die Kollegen auf den Erfolg stolz sein. Sie werden aber auch das Errungene durch zähes Festhalten an dem Verband hochzuhalten wissen und durch festes Zusammenhalten den Grund zu weiteren Erfolgen legen, wenn nach zwei Jahren der Tarif abgelassen ist. Die indifferenten Arbeiter am Orte mögen aus diesen Tatsachen lernen, ihre Gleichgültigkeit gegen die Organisation ablegen, dann werden auch in Ochsenfurt die Lohn- und Arbeitsbedingungen im allgemeinen bessere werden. Wer nicht fat, kann auch nicht ernten, hinein deshalb in den Verband!

Mühlen.

† **Alfeld.** In den Mühlen Menge und Meyer fanden nach mehreren Verhandlungen Lohnaufbesserungen von 1,50-3,00 Mk. pro Woche statt. Die Sätze für Ueber- und für Sonntagsarbeit wurden um 3 und um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Die siebente Schicht erfährt eine Aufbesserung um 3 Mk.

† **Mainz.** Infolge Vorgehens des Verbandes erhielten die in der A u m ü h l e beschäftigten Kollegen Lohnerhöhungen von 2 und 3 Mk. pro Woche.

† **Neuhäusen.** Tarifvertrag. Mit der A u n j m ü h l e von G e h r ü d e r S c h ä f e r wurde ein Tarifvertrag vereinbart. Die hierdurch für die Kollegen erzielten Verbesserungen sind: Arbeitszeitverkürzung von 1/2 Stunde pro Tag im Jahresdurchschnitt und Erhöhung der Wochenlöhne um 1,50 und 2 Mk. Die Sätze für Ueberarbeit werden um 10 Pf., diejenigen für Sonntagsarbeit um 15 Pf. pro Stunde erhöht. Bei militärischen Uebungen wird 14 Tage lang der volle Lohn, bei Krankheitsfällen ebenso lange die Differenz gezahlt. Der ohne Lohnkürzung gewährte Urlaub wird um 2 Tage erhöht. Außerdem treten noch einige sanitäre Verbesserungen ein.

† **Münzingen.** Tarifvertrag. Mit der hiesigen A k t i e m ü h l e wurde ein Tarifvertrag vereinbart. Erzielt wurden 2 Mk. Aufbesserung der Wochenlöhne und Erhöhung der Ueberstundensätze um 3 Pf. Bei militärischen Uebungen wird

14 Tage lang täglich 2 Mk. entschädigt, bei Krankheitsfällen 5 bezw. 10 Tage lang die Differenz. Der ohne Lohnkürzung gewährte Urlaub tritt jetzt nach einem Dienstjahre in Kraft, früher nach 3 Jahren.

Korrespondenzen.

Hamburg. In der Versammlung am 15. Oktober wurde die Abrechnung vom 3. Quartal gegeben. Dieselbe ergab eine Einnahme von 9930,70 Mk., der eine Ausgabe von 4596,52 Mk. gegenübersteht. In die Hauptkasse wurden abgeführt 5334,18 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des dritten Quartals 1704 Mk. Die Lokalkasse hatte im dritten Quartal eine Einnahme von 3124,55 Mk. und eine Ausgabe von 2444,60 Mk. Somit bleibt ein Kassenbestand der Lokalkasse am Schlusse des dritten Quartals von 12170,61 Mk. Den Bericht vom Schiedsgericht und Kuratorium erstattete Höhle. Erwähnungswert sind folgende Fälle: Ein Kollege der Vereinsbrauerei Bergedorf strengte eine Klage beim Schiedsgericht gegen dieselbe an wegen zu wenig erhaltenen Urlaubs. Das Schiedsgericht entschied zugunsten des Kollegen. Ebenfalls wurden zwei Klagen zugunsten der Kollegen entschieden, welche wegen Konjunktierung eines Arztes und Ableistung des Bürgerweides einige Stunden von der Arbeit fortgeblieben sind. Man berief sich seitens der Brauereien auf den Tarif, in welchem solche Entschädigung für derartige Versäumnisse nicht enthalten sind. Zu einer Abstimmung ist es nicht gekommen. Der Obmann, Dr. Ritter, empfahl, diese kurze Zeit des Fernbleibens von der Arbeit zu bezahlen, welchem seitens der Brauereien zugestimmt wurde. In der Debatte über diesen Bericht wurde betont, daß jetzt ganz besonders über die Brauerei Postelmann Klagen vorliegen. Man sollte doch glauben, da dieselbe jetzt dem Ring angeschlossen ist, daß sie besser befehrt würde über ihre tariflichen Einhaltungen. Dann berichtete L. Ernst über die Neuformulierung der Arbeitsnachweisstatuten, welche in der von der Kommission ausgearbeiteten Form angenommen wurde. Ueber den Verlauf des letzten Streiks unserer Kollegen in Bremen referierte der Bezirksleiter Lub. An dem glänzend durchgeführten Kampf zeigte sich, wie wichtig die Geschlossenheit und Einigkeit, wie sie in Bremen bestche, für die Brauereiarbeiter in ihren Kämpfen ist.

St. Ludwig. Am Sonntag, den 8. Oktober, fand eine Versammlung statt, der auch die Kollegen von Lörrach und Brombach beiwohnten. Kollege Gscheidmeier und Tünauer sprachen über die Interessen der Organisation, wobei sie ausführten, daß die Kollegen von St. Ludwig weit mehr Energie zeigen als die Lörracher Kollegen. Hauptächlich kommen die Bierführer in Betracht, wo in St. Ludwig sämtliche dem Verbands angehören und in Lörrach kein einziger, sondern zwei Drittel dem Militärbund. Sie geben uns nur zur Antwort, ihre Stellung ist ihnen lieber als der Verband. Ob sie noch lange auf diesem Standpunkt bleiben werden, ist zu bezweifeln. Sie müssen doch selbst einsehen, daß sie ohne Organisation das nicht erreichen als die Bierfahrer von St. Ludwig, welche wöchentlich 5 Mk. mehr Lohn haben. Die Kollegen von der Brauerei Laffer finden es mit Ausnahme von 3 oder 4 überhaupt nicht mehr für notwendig; sich dem Verbands anzuschließen, weil Laffer ohne Tarifabschluß dieselben Löhne bezahlt wie Brauerei Reiters. Jedoch dürfen die Kollegen von Laffers nicht verzeihen, daß ihr freiwilliger Tarif jederzeit wieder zurückgezogen werden kann. Kollege Winkler legte den Kollegen, hauptsächlich den Bierfahrern von St. Ludwig, ans Herz, sich von den Nachbar Kollegen nicht irreführen zu lassen, sondern, was sie dieses Jahr nur mit Hilfe der Organisation erreicht haben, auch fernerhin festzuhalten. Wenn den übrigen Brauereiarbeitern von Lörrach einmal das Licht aufgeht wird, werden wir abwarten können.

Memmingen. Gelbe Zersplitterungsversuche und das schwarze „Volkblatt“. Am 7. Oktober fand im Lokal zum Hasen eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Was wollen die Prinzipale und Aktionäre von den Brauereiarbeitern“. Schon die Tagesordnung läßt nichts Gutes schließen. Veranlaßt wurde diese Versammlung, nachdem acht Tage zuvor ein Gesellenvereinsmitglied Fischer eine allgemeine Einladung ergehen ließ und aus sagte, daß von den Arbeitgebern Gelder zu der Gründung eines Brauereivereins gezeichnet seien. Der Veranstalter dieser Geschichte ist jetzt ein entlarbter Spindel und Spion, der wiederholt Mitglied der Organisation war und schon aus dem Gesellenverein ausgeschlossen wurde. Solche Elemente spielen eine derartige Rolle. Mit Recht vermuteten die Kollegen die Gründung einer gelben Gewerkschaft und versuchten dieses zu verhindern, nachdem bereits voriges Jahr die gleiche Absicht unternommen wurde. Er scheiterte aber an der Erkenntnis der Kollegen, daß solche Vereine bei der sehr ersten Zeit des wirtschaftlichen Lebens nicht notwendig sind und nur Schaden bringen. Der Referent, Kollege Schelle aus München, ging deshalb mit dem Treiben sehr scharf ins Gericht und beurteilte es, solche Zersplitterung in die Arbeiterschaft hineinzutragen, die nur zum Vortheil des Unternehmers sind. Eine ganze Reihe von Beispielen führte der Referent auf Grund statistischen Materials an, wie schlecht es noch mit der Arbeitsverhältnissen der Kollegen sei. Schon dieses beweise die Notwendigkeit einer geschlossenen Organisation. Besonders in Niederbayern, das ja die Hochburg der Ausbeutung sei. Uns treffe hier keine Schuld, da ja dort eine ganze Reihe christlicher Arbeitersekretäre sei, denen es gar nicht einfällt, etwas zu tun. Bei dieser religiösen Bevölkerung werde ja nicht einmal das dritte Gebot eingehalten: Du sollst den Feiertag heiligen! Um des heiligen Profits willen werden dort die Arbeiter auch Sonntags ausgebeutet.

Wenn nun das schwarze „Volkblatt“ schreibt, daß der rote Referent in jener Versammlung nach sozialdemokratischer Manier aufzuklären sich bemühte und Worte wie Lüge, Heuchelei, Schandtat, Arbeiterberrät brauchte, so sind jene Aussprüche vollständig begründet und erwiesen. Weiter schreibt das schwarze „Volkblatt“: „Die Debatte gestaltete sich zum Teil sehr hitzig, als ein anwesender christlich gesinnter Brauer seine vor Jahren gemachten Erfahrungen in der „neutralen“ Gewerkschaft zum besten gab und den sozialdemokratischen „Aufklärungsversuchen“ sehr energisch entgegentrat.“ Hier ist vor allem eine ganz gemeine Lüge zu konstatieren. Diese Erfahrungen hat der jetzige Oberbrauer

Wachter nicht von der Organisation, sondern von einem brutalen Unternehmertum zu verspüren bekommen, indem er im Jahre 1901 als leitende Person der Organisation in der schärfsten, gemeinsten und brutalsten Weise gemißregelt wurde. Ja, nicht einmal bei einem Bauunternehmer durfte er arbeiten. Hier würde jenes ausgesprochene Kaiserwort passen: Wer einen anderen an freiwilliger Arbeit hindert, wird mit Zuchthaus bestraft! Das ist Unternehmerterrorismus; hier aber fand sich kein Staatsanwalt, der jenen Scharfmachern das Handwerk legte. Trotz alledem, daß Wachter auch zu derselben Zeit Mitglied des katholischen Arbeitervereins war, mußte er büßen und zum Befehlen gezwungen werden. Eine ganze Anzahl Brauereibesitzer sind Mitglieder des katholischen Arbeitervereins, aber keiner hat sich aus christlicher Nächstenliebe über Wachter erbarmt. Von den freien Gewerkschaften wurde Wachter bei dem Wirt des Verkehrslokals Arbeit verschafft, er bekam vom Brauereiarbeiterverband Maßregelungsunterstützung, Familiengzuschüsse, solange er auswärts arbeitete, und Rechtschutz. Jene Besuche sind noch in unseren Händen, nachdem man früher erklärte, man habe nichts bekommen.

Ein sehr junger Herr, kaum den Kinderschuhen entwachsen, Strohregenproletarier, Angehefter bei der Firma H. N., verzapfte auch seine Weisheit, indem er sagte: Wachter sei mit dem Stück Brot zufrieden gewesen, während die Organisation den Laib verschlucken wolle. Herr, verzeihe ihm. Wohl manche Arbeiterkinder wären froh, ein Stück Brot zu haben, daß sie bei der Teuerung nicht bekommen, ausgeschlossen von einem Laib. Wer den Laib verschluckt, verspüren die Arbeiter immer mehr. Wer die großen Profite verschluckt, darüber sind auch wir unerschrocken. Jeder Herr hat wohl die Befähigung einmal Ehrenmitglied der Gelben zu werden. Mit seiner Beipiegelung wird auch ihn einmal die Strafe ereilen. In jenem System, das die Christlichen allerwärts betreiben, werden sie elend zu Grunde gehen. Es wäre also jene Absicht, einen gelben Verein zu gründen, kein Ding der Unmöglichkeit, wurden dieselben doch von den Schwarzen geboren.

Für die christlichen Organisationen ist auch in Remmingen kein Boden vorhanden, trotz aller großen Aktionen, die man schon früher machte, das beweist das Emporbühen der freien Gewerkschaften.

Kollegen, es gilt zu agitieren und zu organisieren, damit jene Veruche zu Standen werden. Gerade der Zusammenschluß der Brauereien in eine Aktiengesellschaft gibt den Brauereiarbeitern allen Anlaß, auch ihre Reiben zu stärken, um die Organisation, ihre Interessen und Rechte zu wahren und Verbesserungen zu schaffen.

Zweibrücken. Alle guten Dinge sind drei, sagt ein Sprichwort. So könnte man auch ausrufen, wenn man die Organisationsverhältnisse in Zweibrücken betrachtet. Es ist nun bereits das dritte Mal seit sechs Jahren, daß die Kollegen in Pirmasens mit dem Bezirksleiter des ersten Bezirks den Versuch machen, die Kollegen von Zweibrücken der Organisation zuzuführen. Trotzdem schon wiederholt eine Anzahl hiesiger Kollegen von der Notwendigkeit, der Organisation beizutreten, überzeugt waren, war es uns bis jetzt nicht möglich, festen Fuß zu fassen. Immer und immer wieder lehrten die bereits gewonnenen Kollegen dem Verband den Rücken, zum Teil aus Gleichgültigkeit, zum Teil aus Furcht vor den Unternehmern. Und dabei sind die Verhältnisse in Zweibrücken schlecht genug. Löhne von 80-90 Mk. im Monat sind keine Seltenheit, trotzdem nicht gesagt werden kann, daß Zweibrücken ein billiges Pflaster wäre, in jeder Großstadt kann man unter Umständen so billig leben wie bei uns. Vom regelmäßigen Bezahlen der Ueberstunden ist keine Rede. Für Ueberstunden bekommen die Leute in den Sommermonaten in der Parkbrauerei z. B. eine gewisse Anzahl von pro Monat 10-20 Mk. Ein Beweis, daß selbst die Unternehmern einsehen, daß sie ihre Leute mit viel zu niedrigen Löhnen abspießen, nur die Arbeiter wollen es nicht einsehen, daß sie die Düpierten sind. Sie betrachten dieses Amos, daß sie in Gestalt von Ueberstundengeldern bekommen, als eine Humanität der Unternehmern, beachten aber dabei nicht, daß sie diese paar Mark schon zehn- und zwanzigfach dem Unternehmern in die Tasche geradert haben. Auch die Arbeitszeit bedarf einer Verkürzung, kommt es doch vor, daß Vierfahrer im vergangenen Sommer z. B. bis 20 Stunden und länger auf der Tour waren. Sollte man sich da noch wundern, wenn Unfälle vorkommen? Kommen dann nach solch übermäßig langer Arbeitszeit wirklich Unfälle vor, so wird die Schuld bekanntlich den Geschäftsführern zugeschoben. Daran denkt wohl keiner, daß der eigentliche Schuldige, der Unternehmern resp. die Betriebsleitung ist. Mitfahrer kennt man hier nicht, nicht einmal die Chauffeure haben welche dabei. Das grenzt schon an Unglaubliches, ist aber Tatsache.

Am Samstag, den 21. Oktober, ist es nun endlich gelungen, eine Anzahl Kollegen zu bewegen in die Versammlung zu kommen. Kollege Krugberger aus Pirmasens, der als Referent anwesend war, verstand es, die Kollegen zu überzeugen, daß ihre Verhältnisse nur durch die Organisation, den Zentralverband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, verbessert werden können. Redner schilderte das Arbeitsverhältnis der Brauereiarbeiter von früher und jetzt. Er bemerkte unter anderem, daß schon allein der Grund, daß durch den Fortschritt der Technik und der maschinellen Einrichtungen in der Branndindustrie ungezählte Brauereiarbeiter arbeitslos werden, genügen sollte, die Kollegen zum Nachdenken zu veranlassen. Er freifte auch die schon seit Jahren immer höher und höher steigenden Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel und noch immer ist ein Ende dieser Preissteigerung nicht abzusehen, wenn in bezug auf unsere Zollpolitik nicht sobald als möglich eine Änderung eintritt. Auch den 400 Millionenraub auf die Taschen der arbeitenden Massen nahm er unter die Lupe. Er besprach auch die wirtschaftliche Lage der Frauen. Etwa 1/3 von unseren Gegnern, die von seiten der Sozialdemokraten das Wahlrecht und die politische Gleichberechtigung für die Frauen verlangt wird, daselbst abgelehnt mit der Begründung, die Frau gehört ins Haus. Und

dabei sind es gerade diese Parteien und die Unternehmern, die die Frau aus dem Hause treiben, hinein in die Fabrik an die Arbeitsstätten, weil der Verdienst des Mannes nicht ausreicht, eine Familie anständig zu ernähren. Es gibt bald keine Berufsart mehr, wo nicht die Frau mitbeschäftigt ist, selbst in staatlichen Betrieben. Ja, die Frauen werden in diesen Fällen den männlichen Arbeitskräften vorgezogen, weil sie bekanntlich billigere Arbeitskräfte sind. Ueber 10 Millionen Frauen und Mädchen sind laut Statistik in Deutschland in den Fabriken an den Arbeitsplätzen beschäftigt. Daß dadurch auch die Kinder solcher Eltern, wenn sie sich selbst überlassen sind, in moralischer Beziehung vernachlässigt werden, wird niemand bestreiten wollen. Die Kollegen sollten sich ein Beispiel nehmen an den Unternehmern, die es glänzend verstehen, sich zu koalieren, ohne Rücksicht auf Religion und Parteistellung.

Auch die finanziellen Vorteile, die unser Verband seinen Mitgliedern bietet, wurden vom Referenten erörtert. Tausende und Abertausende von Mark fließen in Gestalt der verschiedenen Unterstützungen wieder in die Taschen der Mitglieder zurück.

Daß die Worte des Referenten auf fruchtbaren Boden gefallen sind, hat die Diskussion bewiesen. Sämtliche Kollegen sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Die Früchte dieser Versammlung waren eine Anzahl Maßnahmen. Ist es vorerst auch noch ein kleines Häuflein, so wollen wir doch hoffen, daß die jetzt Gewonnenen auch Stand halten und der Organisation treu bleiben.

Kollegen, die Ihr jetzt Mitglieder seid, agitiert unaufhörlich in ruhiger, stiller Weise für den Verband und für guten Versammlungsbefuch, damit wir auch die uns noch fernstehenden Kollegen langsam aber sicher dem Verband zuführen. Tut jeder seine Pflicht dem Verband gegenüber wie in seinem Arbeitsverhältnis, dann wird es auch möglich werden, in Zweibrücken bessere Verhältnisse zu schaffen. Jeder muß seine ganze Kraft einsetzen für die Interessen unserer Sache und damit für unsere eigenen Interessen, für unsere und unserer Familie Vorteile. Werft die Schlafmütze ab und auf zur Agitation!

Stettin. In der Hafenzentrale fand dieser Tage eine Betriebsversammlung statt, wie sie nicht sein soll. Einberufen war der dortige Betriebsleiter Edelhüttel. Die Kollegen führten zum wiederholten Male Klage über das Verhalten ihres Meisters Bent, welcher es nicht einrichten kann, die Ruhepausen im Betriebe rechtzeitig innezuhalten. Auch mit der Arbeitszeit des weiblichen Personals wird es doselbit nicht so genau genommen, besonders in Beziehung auf den § 137 der Gewerbeordnung. Dem Meister Bent kann nur der wohlgemeinte Rat erteilt werden, sich seinen Untergebenen gegenüber so zu benehmen, wie es sich Menschen gegenüber gebührt, dann wird auch in seinem Betriebe Ruhe und Frieden einkehren.

Rundschau.

Aus der Mühlenindustrie.

Der deutsche Müllerbund, die Organisation der deutschen Kleinmüller, zählte am Schlusse des Jahres 1910 7330 Mitglieder, 42 weniger als am Anfang des Jahres. Seine Einnahme betrug 17924,50 Mk., seine Ausgabe 15 884,76 Mark und sein Vermögen 8301,03 Mk. Welche reaktionäre Gesellschaft sich in diesem Bunde zusammengefunden hat, geht so recht deutlich aus dem Geschäftsbericht hervor. Da heißt es:

„Nicht auch das deutsche Wirtschaftsleben von großen Störungen und schweren Erschütterungen verschont, so fehlte es doch andererseits nicht an einzelnen Vorkommnissen, die Beunruhigungen und ernste Besorgnisse hervorrufen mußten. Dierher gehören die Wahlrechtsdemonstrationen in den Großstädten, insbesondere aber die Arbeiterkrawalle in Moabit. Namentlich bei den letzteren hat sich in greller Beleuchtung gezeigt, wie weit die systematische Verheerung der deutschen Arbeiter durch die Sozialdemokratie schon gediehen ist. Der ungeheure Zwang, der seitens der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter auf nicht organisierte ausgeübt wird, tritt immer deutlicher zutage. Die Koalitionsfreiheit ist schon zum Koalitionszwang geworden. Bei vielen Streiks hat es sich nicht um Lohnfragen, sondern hauptsächlich um Machtfragen gehandelt. An Stelle des Betriebsinhabers will der Arbeitersekretär in den Betrieben gebieten. Diese Vorkommnisse legen den Arbeitgebern — auch den Mühlenbetriebsinhabern — die gebieterische Pflicht auf, sich immer mehr zu Arbeitgeberverbänden fest zusammenzuschließen. Andernfalls sind die Arbeitgeber der Willkür der sozialdemokratischen Arbeiterverbände preisgegeben.“

Ein wunderliches Völkchen, diese unter der Konkurrenz des Großkapitals zusammenbrechenden Kleinmüller. Statt daß diese Habensätze sich mit den ihnen verwendeten anderen Habensätzen, den Arbeitern, zum Kampfe gegen die gemeinschaftlichen Feinde, die Kapitalisten zusammenschließen, ränipern und spüden sie wie die Taler-Millionäre gegen die Wahlrechtsdemonstrationen der Arbeiter in den Großstädten. Haben sie denn nicht auch ein Interesse daran, daß die durch das Dreiklassenwahlrecht gesicherte politische Uebermacht des Junkertums und der Kapitalisten durch Einführung des demokratischen Wahlrechts gebrochen wird? Wie wollen sie die sie bedrückende wirtschaftliche Macht der Kapitalisten beseitigen oder auch nur eindämmen, wenn sie die politische Macht ihren Bedrängern erhalten wollen? Der ganze Müllerbund weiß ja nicht, was er will und was ihm frommt, wenn er gegen die Wahlrechtsdemonstrationen sich wendet, die er in seinem Interesse unterstützen mußte.

Hat der Müllerbund gar nichts Wichtigeres zu tun, als sich gegen die Polizei- und Streikbrecherkrawalle in Moabit zu wenden und über die „Verheerung“ der Arbeiter durch die Sozialdemokratie zu zeteren? Stehen nicht schon Hunderte von früheren Kleinmüllern heute in unseren Reihen, weil auch der Müllerbund nicht hindern konnte, daß sie, von Haus und Hof verjagt, Arbeiter werden und als solche ihre Interessen in der Sozialdemokratie und Gewerkschaft vertreten finden?

Werden nicht weiter Tausende dieser Kleinmüller in absehbarer Zeit ebenfalls die Arbeiterkutte anziehen und

froh sein müssen, daß die jetzt von ihnen geschmähten Arbeiter die Arbeitsbedingungen gebessert haben? Was schiert den von seiner eigenen Arbeit lebenden Kleinmüller der angebliche, in Wirklichkeit gar nicht vorhandene Koalitionszwang? Ihn könnte er, selbst wenn er vorhanden wäre, nicht schädigen, ihm würde er im Gegenteil nützen, denn er sorgte dafür, daß das Arbeiterbett, in das der Kleinmüller sich doch noch legen muß und legen wird, nicht allzu hart und kantig ist.

Sie spüden wie die Kommerzienräte darüber, daß der Arbeitersekretär in den Betrieben gebieten wolle. — Selbst wenn dem so wäre, was abermals nicht zutrifft, den Kleinmüllern könnte es doch gleich sein. Oder herrscht bei ihnen nicht allein nur der Pleitegeier und die Not, dessen bezw. deren Herrschaft auch Arbeitersekretäre nicht streiftig machen könnten?

Die Mühlenbetriebsinhaber sollen sich zu Arbeitgeberverbänden zusammenschließen, damit sie als Arbeitgeber nicht der Willkür der sozialdemokratischen Arbeiterverbände preisgegeben sind? Wenn so etwas Blange oder Mühlen-Meyer schreibt, findet man es von deren Interessenstandpunkt aus begreiflich, wenn das aber das Organ derer bringt, die sich allein oder mit einem oder zwei Gesellen gemeinsam durchs Leben arbeiten und hungern, dann fragt man mit Recht: In was für Gesellschaft sind denn diese geraten?

Wollen die Kleinmüller länger im Schlepptau ihrer politischen und wirtschaftlichen Gegner segeln, wollen sie auf die kapitalistische Gesellschaft bauen, bis ihnen die Rüste als Kleinmeister ausgegangen ist, wir können es nicht hindern, wenn ihr Schicksal uns auch leid tut. Aber die organisierten Arbeiter sollen sie in Ruhe lassen, die wissen, was sie wollen und wollen müssen.

Kein Mehlkartell in Rheinland-Westfalen. Der Verein der Handelsmüller teilte der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ mit, daß die Konventionsbestrebungen als definitiv gescheitert angesehen werden müssen.

Aus dem Beruf.

Opfer des Berufs. Am 20. Oktober, abends 9 Uhr, kam das Vierfuhrwerk der Schwarzen-Möller-Brauerei in T u t t l i n g e n ohne Führer nach Hause. Der Putzger Wanger wurde in der Nähe der Brühlmühle mit einer Perze in der Hand tot aufgefunden. Es scheint, daß er das Licht am Wagen anzünden wollte, dabei aber die Pferde angezogen und er unter das Fuhrwerk geriet und so den Tod fand.

In Schönfeld geriet der Bierführer A. Hollerbach aus Tauberhirschheim unter seinen Wagen. Dem Verunglückten wurde der Brustkorb eingedrückt, so daß der Tod sofort eintrat.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Anschluß des Stukkaturverbandes an den Bauarbeiterverband. Der letzte Verbandstag der Stukkateure hatte einstimmig beschlossen, die Entscheidung über die Frage der Angliederung den Mitgliedern selbst zu überlassen und dabei festgelegt, daß der Zusammenschluß mit dem Deutschen Bauarbeiterverbande erfolgen solle, wenn sich an der Abstimmung mindestens zwei Drittel der Mitglieder beteiligen und von den Abstimmenden 60 Proz. sich für die Angliederung aussprechen. An der Abstimmung haben sich rund 81 Proz. der Mitglieder beteiligt. Von den 8735 Abstimmenden erklärten sich 5499 oder 62,95 Proz. für die Angliederung. 3198 oder 36,35 Proz. waren dagegen und 43 Stimmen oder 0,5 Proz. waren ungültig. Wie die obigen Zahlen dartun, sind beide Bedingungen für die Angliederung an den Bauarbeiterverband erfüllt. Die Angliederung des Stukkaturverbandes an den Deutschen Bauarbeiterverband ist also beschlossen.

Christliches und Gelbes.

Vergebliche Mühe. Der Vorsitzende des Bodumer Bundesvereins, Gärführer und Stellenvermittler Jung, hatte den Redakteur der Verbandszeitung wegen Verleumdung verklagt. Diese sollte erfolgt sein in zwei Heften in den Nr. 9 und 14 der Verbandszeitung über den Streit in Gelsenkirchen und die Streikbrechervermittlung dorthin.

In dem Termin am 25. Oktober erfolgte Freisprechung des Kollegen Krieg; Jung hat die Kosten zu tragen.

Der Berliner Ratgeber hat also dem „Bund“ unnötige Kosten verursacht.

Christliche „geistige“ Waffen. Am Donnerstag, den 12. Oktober, ging der Kollege Kurrer, in der Löwenbrauerei Konstanz beschäftigt, von der Sitzung des Gewerkschaftskartells nach Hause und war gegen halb 1 Uhr auf dem Wege hinter dem Petershäuser Bahnhof. Bößlich wurde er von zwei Individuen von hinten angefallen. Einer versuchte den Ueberfallenen zu halten, während der andere sofort mit gezücktem Messer auf Kurrer losging und ihm einen Stich in die linke und rechte Wange und in die Stirn beibrachte. Kurrer wehrte sich, so gut es ging und versuchte mit den Armen die Stiche aufzuhalten. Dadurch erhielt er in die linke Hand eine ganze Anzahl Stiche. Nun holte der Messerheld zum entscheidenden Stoß gegen das Herz aus, der das starke Notizbuch, das Kurrer bei sich trug, durchbohrte, ihn selbst aber nur leicht verletzte. Nur diesem Umstand, daß der Stoß durch das Buch abgehalten wurde, verdankt Kurrer sein Leben. Durch die Wucht, mit der dieser Stoß geführt wurde, fiel A. in den mit Wasser und Schlamm gefüllten Graben. „Jetzt verred, du roter Hund!“ jagte einer der Missetäter und fort waren sie beide. Kurrer erbeichte sich aus dem Graben heraus, wankte blutüberströmt die Straße zurück und traf dann einen Schutzmann, der ihn auf die Wache resp. in das Spital brachte.

Zweifellos ist — und das ist das traurigste an der ganzen Sache —, daß dieser rohe Akt einen Ausfluß von politischem Fanatismus darstellt, einer Methode, wie sie beim frommen Zentrum zu Hause ist. Wo der Geist nicht mehr reicht, wendet man rohe Gewalt an und scheint vor einem Mord nicht zurück. Hoffentlich gelingt es, die Missetäter ausfindig zu machen.

Daß dieser gemeine Ueberfall dem freiorganisierten Arbeiter Kurrer galt und von sogenannten Christen verübt wurde, zeigen auch zwei anonyme Schreiben, welche die Braut des Kollegen Kurrer und zwei mit ihm in der Löwenbrauerei beschäftigte Kollegen im Sommer dieses Jahres erhielten. Kollege Kurrer hatte sich bei der Orts-

Krankensassenwahl in Konstanz im Abwehrkampf gegen die Christen stark beladigt und auch sonst für seine Organisation gewirkt; das konnten ihm gewisse Schwärze nicht vergeissen, was auch aus den Briefen hervorgeht. Der an die Frau Kurzer gerichtete Brief lautet:

Konstanz, den 6. Juni 1911.

Sehr geehrtes Fräulein!

Im Besitze Ihrer Adresse teile ich Ihnen mit daß Sie mit dem Sozialdemokrat Kurzer eine drübe aussicht zu erwarten haben. Ich will Ihnen diesen roten Lämchhaften Kerl näher beschreiben. ein anständiges Mädchen gibt sich mit so einem roten Sozi überhaupt nicht ab. Da ich Sie aber schon öfter mit dieser roten Bestie gesehen habe, betrachte ich es als meine heiligste Pflicht, Sie noch rechtzeitig der roten Bestie zu entreißen, auch hatten sie schon Ihre Frauenmnen dabei, Sie haben es zu verantworten wenn diese brauen Mädchen verdorben werden, denken Sie wie schwer die Sünde ist mit einem roten zu geben. Der Kurzer der rote Lämel das ist der ärgste in Konstanz der böse Sozi der will alles rot machen. Die Burschen in der Röhrenbrauerei waren voriges Jahr noch so from und braf wie die Schäfflein, sie gingen in die Kirche und bettetten, ja alles war inen recht und sie waren zufrieden mit ihrer Arbeit und den schönen Lohn. Aber wehe als der rote Teufel in das Geschäft kam da war das Feuer am Dach, ehe man sich recht umfa hatte er die fromen Schäfflein zu so rohen Sozi gemacht, die iner mer Lohn wollen.

Der wirt ewig verdamt werden dafür werden wir sorgen, auch in der Schweiz macht er die brauen Leute zu so rohen Sozies ist unerhört mit dem frechen Kerl.

Und erst die höchste Gemeinheit vom dem roten Hund bei den Krankentassen Wahlen, da drüb er erst sein unweisen am ersten, beim Furchalter Dir haben wir den Rechte 15 an der zai unjere Stimmzettel mit Beschneidung gegeben, und als in seinste ortung gebracht zur Wahl, und lise da der rote Teufel hin und nam uns alle weg und noch in einer Furchaltere drüb er das unweisen und nam uns so in den 2 Geschäften 20 bis 25 Stimmen weg auf der Strafe und liberal drüb er sein unweisen der abscheuliche rote Teufel, das wirt er noch schwerer zu büßen haben wenn er einmal vor den richter Stuhl Gottes hin treten muß, da wirt ihm das rote weg gehen dem roten Keib. Auch so ein rotes schmir Blat Volkswacht beditelt sich das bez Organ hat er helfen verbreiten, das macht ein anständiger Mensch zweimal nicht. Und erst in der Brauerei da dreibt er sein unweisen wider mit den Knechten, wenn er einen Karatter besitzen würde, wie unjere Christlich organisierten Arbeiter dazu würde er sich mit den Bauern überhaupt nicht abgeben, die den Kuh Dref an den Kleibern und Schuhen haben so ungebildete Menschen, denken Sie nur jeht hat er der rote es so weit gebracht das inen den dreiligen Bauern der Herr Huber mehr Lohn geben muß für solche Kerl sind doch 12 Mark zu viel, in der Brauerei sind auch welche die den Kuhdref noch an den Stiefeln haben, die wollen auch gleich 30 M. und noch mehr solche Kerl die nicht gelernt haben, und die unterstützt der rote häßliche Kurzer da können Sie sich denken was der für einen Karatter hat wenn er sich mit so stint Bauern abgibt, die den Kuhdref an den Kleibern haben. Wir werden sorgen, das der rote auf der Strafe hungern muß bis er schwarz wirt den der hat uns schon Schaden genug gemacht der rote Keib, das kan und darf nicht mehr so weiter gehen, fort müß er hinaus aus Konstanz der rote Kurzer abscheulichste unter den Menschen Herr Huber soll sie alle wort jagen die rote Waude, wir lifern im Leute die sil billiger und besser arbeiten als die roten. Gehen Sie doch über in das Marien Haus als mit dem abscheulichen Kurzer von dem werden Sie an Leib und Seele verdorben, schon manches Mädchen hat sein Glid bei uns gefunden bei uns gibt es ja sovil schöne und braue Burschen, denken Sie nur mit so einem häßlichen Mensch wie der Kurzer verheiratet sein, das hife lebend in der Hölle sein. Indem ich hofe das Sie sich die Goldenen Worte die aus meinem munde fließen zu Herzen nehmen wil ich mein werk der Heiligen Pflicht schlißen. Wenn sich der Kurzer der häßliche rote, die gefährliche Bestie wider nähert weisen Sie die Türe und spuken im in sein häßliches Gesicht dem roten Keib. Sollten die Heiligen Worte nichts nützen dan müste ich mich an Ihren Vater wenden dejen Adresse ich auch weis.

Seien Sie recht herzlich Begrüßt!

St. M.

Und zwei mit Kurzer in der Löwenbrauerei zusammen beschäftigte Kollegen erhielten folgendes Schreiben:

Konstanz, den 16. Juli 1911.

Sehr geehrter Herr Gebhart und Waldrast!

Da wir sehen daß fast die ganze Brauerei, von dem roten abscheulichen Kurzer mit dem roten Gift angesteckt ist, betrachten wir es als unsere heiligste Pflicht, Euch noch rechtzeitig auf die rote Bestie aufmerksam zu machen. Der Kurzer daß ist der ärgste in Konstanz der viel alles rot machen der gemeine rote Schuft, die Ortstrankentassen Wahlen sind im nicht vergessen, diesen Schaden wirt er schwer zu büßen haben der rote abscheuliche Keib, der Sundsgemeine Kerl der Saubayer der soll wider nach München zu seiner roten Waude wo er auch verdorben wurde, das müst Ihr Euch merken daß von München nichts gutes kommt die Leute sind an Leib und Seele verdorben. Gebt Euch überhaupt nicht mehr ab mit der roten Bestie, wenn Ihr anständige Menschen sein wollt, denkt doch liebe Leute die Lohn dreiberei hat doch gar keinen wert, wir Christlichorganisierte Arbeiter arbeiten doch lieber 1 Stunde länger und geben uns mit ein paar Mark Lohn weniger zu friden als die roten Teufel, aber für daß hat uns auch der Arbeitgeber lieber als die roten. Denken Sie nur der rote Kurzer der gemeine Schwindler der Jud der kann alle Leute anschwenden der ist wie vom Teufel besessen die gefährliche rote Bestie, die roten wären ganz sicher nicht so weit gekommen bei der Wahl wenn der rote Schuft nicht gewesen wäre der hat mit Leib und Seele agidirt der rote Hund, Mache ist im geschworen dem Saubund, der ist ganz Charakterlos, sonst würde er sich nicht mit den Stinkbauern abgeben ja kein Arbeiter ist im zu leicher mit jedem Dredarbeiter gibt er sich ab, das tun aber wir Christlichorganisierte Arbeiter nicht den wir nehmen nicht jeden gewöhnlichen Fabrikler an wie die roten, den wir schäzen uns als bessere Arbeiter, und wollen nicht so gewöhnliche Waude

unter uns haben. Die abscheulichen Schmirblätter die der Kurzer der böse Sozi bei Euch eingefürt hat, Simplizissimus Bahrer Jakob, Münchner Post, Volkswacht, Neue Konstanzer Abend Zeitung das gleich schmutz Blat, nemt sie zusammen und haut sie im so lange um sein abscheuliches Maul bis alles in stüde und sehen geht, Aboniert doch die Konstanzer Nachrichten das ist eine Zeitung die hat jeder anständige Mensch, die andern taugen alle nichts.

Last aber dem abscheulichen Kurzer der gefährlichen Bestie, dem Sau Jud, dem Saubayer, nichts wissen, auch dem roten Schiller nicht das ist auch so ein roter Keib, auch dem verückten Geiz nicht mit dem kann man doch nichts haben der ist ja zu Dum, aber Muffler und Schwarzwälder, Maschinist, der Geizer ist auch so ein Dredbauer, den wollen wir nicht. In dem wir hoffen Sie recht bald in unseren reien zu sehen und daß Ihr Euch die Goldenen Worte recht zu Herzen nehmt, wollen wir das werk der Heiligsten Pflicht schlißen.

Die schwarze Zentrumspreffe will nun den Ueberfall als Mache hinstellen. Das ist der Gipfel der Unverschämtheit. Die Polizei scheint auch keinen besonderen Eifer entfaltet zu haben zur Ausfindigmachung der „geilsten“ Kämpfer. Nachdem jeht Kollege Kurzer aus dem Krankenhaus entlassen ist, bekam er auch die Entlassung seitens der Brauerei. Nun werden die „Christen“ zufrieden sein.

Volkswirtschaftliches, Steuerpolitisches.

Die Gewerbeinspektoren über die Verteuerung der Lebensmittel. Was wir wiederholt über die Wirkungen der neuen Zoll- und Steuerära gesagt, wird auch von amtlicher Seite bestätigt, und zwar durch die preussischen Gewerbeinspektoren. In ihren Berichten erwähnen sie wiederholt diese Tatsache. So heißt es aus dem Regierungsbezirk Königsberg: „Die Lohnhöhe ist im allgemeinen die gleiche wie im Vorjahre geblieben und nur vereinzelt unwesentlich gestiegen. Die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien war angefaßt der allgemeinen Verteuerung und der erhöhten Lebensansprüche fortgesetzt schwierig.“ Ähnlich urteilt die Gewerbeinspektion im benachbarten Danzig: „Lohnaufbesserungen sind nur vereinzelt bekanntgeworden. Die Ernährungsverhältnisse waren durch die Fleischverteuerung beeinträchtigt. Die Kartoffelpreise waren dagegen mäßig.“ Freut euch also, ihr ostelbischen Proletarier: langts bei euch auch nicht auf einen Schweinebraten, so ist es euch doch immer noch gegönnt, den lieblichen Duft dämpfender Kartoffeln um eure Nase ziehen zu lassen. Der Gewerbeinspektor von Breslau schreibt in gleicher Weise: „Von einer Verteuerung der wirtschaftlichen Lage kann... angefaßt der fortbauend hohen Preise für Wohnung und Lebensmittel nicht gesprochen werden.“ Im Bezirk Erfurt soll zwar entsprechend der langsam ansteigenden Konjunktur mehr Arbeitslohn verdient worden sein; aber „durch das gleichzeitige Steigen der Lebensmittelpreise ergab indessen diese Lohnsteigerung keine wesentliche Verbesserung für den Arbeiterhaushalt.“ In dem Berichte aus dem Regierungsbezirk Schleswig heißt es: „Die Löhne... erscheinen im Vergleiche zu den in anderen Provinzen gezahlten Löhnen verhältnismäßig hoch, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß durch den hohen Preisstand der Lebensmittel und der notwendigen Verbrauchsgegenstände auch die Lebenshaltung im Bezirk sehr verteuert wird.“ Aus anderen Bezirken wird sogar gemeldet, daß die Lebenshaltung gesunken sei, so wird aus Osnabrück berichtet: „Die Lohnhöhe ist im allgemeinen unverändert geblieben, so daß infolge der Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse die Lebenshaltung kinderreicher Arbeiterfamilien sinken mußte.“ Und aus dem Regierungsbezirk Münster: „Die Lebensmittelpreise, insbesondere die Fleischpreise, sind gestiegen. Da ein Ausgleich dafür den Arbeitern in Form von Lohnerhöhungen nicht zugewendet werden konnte, ist die Annahme berechtigt, daß für die Mitglieder kinderreicher Familien nicht selten Unterernährung eintrat.“ Die Gewerbeinspektion in Koblenz sagt: „In der wirtschaftlichen Lage scheint allmählich eine Besserung einzutreten, doch sind die Löhne trotz der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel und der ganzen Lebenshaltung durchweg unverändert geblieben.“ Ähnliches wird aus Trier und Aachen gemeldet. Trotz dieser amtlichen Zeugnisse wird man doch nicht erwarten dürfen, daß die Regierung oder die herrschenden Parteien etwas gegen die Verteuerung der Lebenshaltung tun werden. Zumal der „Arbeitervertreter“ Wiesberts darüber jammert, daß die Begehrlichkeit der Arbeiter lediglich von der Aufhebung durch die Sozialdemokratie herkomme. Um so eher wird man natürlich dem arbeitenden Volke immer neue Lasten auflegen wollen. Deshalb werden die Arbeiter noch schwere Kämpfe politischer und wirtschaftlicher Natur führen müssen, um aus eigener Kraft wiederzugewinnen, was ihnen die herrschenden Klassen fortgesetzt rauben.

Landwirtschaftliches als Ausfuhrprämie! Zur Reichstagsbeschludigte der ultramontan-agrarische Landwirtschaftsmittler von Schorlemer die Presse, durch „Teuerungsgeheer“ der Preistreiberei Vorschub geleistet zu haben. Mit Hinweis auf große Preisdifferenzen für Kartoffeln im Osten des Reiches und in Berlin versuchte er seine Vorkämpfe zu führen. Dazu ist zu bemerken, daß die zu niedrigen Schätzungen nicht die Presse vorgenommen hat, sondern der dogmatische agrarische Landwirtschaftsratsrat. Dieser beröfentlichte dann noch prononziert ungünstige Saatenstandsberichte, als in der Presse schon eine optimistischere Auffassung zur Geltung kam. An den Landwirtschaftsrat, der dem Minister sehr nahe steht, hat er den Vorschlag zu richten, durch zu niedrige Schätzungen die Preistreiberei begünstigt, wahrscheinlich auch gewollt zu haben. Stolz vertweist die Regierung auf die angeordneten Tarifiermäßigungen und die Bergünstigungen für die Schnapsbrennereien, damit sie statt Kartoffeln Gerste verarbeiten. Die Brenner können „Danks schon“ sagen, wie aber stellt es mit den Konsumenten, deren Interesse die Maßnahmen angeblich dienen sollten? Ihnen nützen sie nichts! Obwohl die Ernte einen erheblich niedrigeren Ertrag lieferte als wie im Vorjahre, ist der Export stark gesteigert worden. Während in den ersten neun Monaten des Vorjahres nur 1 396 439 Doppelzentner ausgeführt worden sind, hat man in derselben Zeit 1911 über eine Million Doppelzentner Kartoffeln mehr — nämlich 2 482 750 Doppelzentner — ins Ausland

gebracht. So saugt das Agrarierium aus allen Blüten Honig. Das hungrende Volk aber wird von den Liebesgabenkludern verhöht, von der Regierung mit leeren Medensarten abgesejft!

Soziales, Arbeiterversicherung.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung. Wie berichtet, hat sich im vorigen Monat der Deutsche Städtetag eingehend mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Als Folge dieser Erörterungen ist eine Eingabe anzusehen, die der Vorstand des Deutschen Städtetages an den Bundesrat gerichtet hat. Darin wird u. a. gesagt:

„In der Sitzung des Reichstages vom 14. November 1908 hat der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern v. Bethmann Hollweg die Erklärung abgegeben, daß die Frage einer allgemeinen obligatorischen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit noch nicht reif sei, und keine der parlamentarischen Parteien hat ihm hierin widersprochen. — Wir teilen diese Auffassung, sind aber gleichwohl der Ueberzeugung, daß die Frage der Einführung eines Versicherungszwanges in bezug auf Arbeitslosigkeit für einzelne Berufe und Arbeitergruppen schon jetzt reif ist und daß eine Stellungnahme des Hohen Bundesrates zu dieser der Zuständigkeit des Reiches unterliegenden Frage unerläßlich geworden ist, zumal mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die Frage dieser Versicherung in nächster Zeit im weitem Umfange wieder aufgerollt werden wird. Die winterliche Arbeitslosigkeit fängt an, in vielen Gebieten des Reiches zu einer schweren Kalamität zu werden, und die Einführung eines Versicherungszwanges in bezug auf die hierdurch besonders betroffenen Arbeiter sollte deshalb unseres Erachtens in erster Linie in Betracht gezogen werden. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist gewiß kein Allheilmittel, und alle bisherigen Erfahrungen sprechen dafür, daß diese Versicherung bei großen Krisen einzelner Gewerbe versagen wird. Auch mag in mehr oder minder zahlreichen Gewerben ein Bedürfnis hierfür nicht vorhanden sein. Wir sind der Ueberzeugung, daß gerade die gewichtigsten der gegen eine allgemeine obligatorische Versicherung angeführten Bedenken ihre Bedeutung verlieren, wenn diese Versicherung sich zunächst auf den dringlichsten Fall, die winterliche Arbeitslosigkeit, und die von dieser hauptsächlich betroffenen Kreise beschränkt.“

Wenn diesen Wünschen entsprochen würde, so wäre damit wenigstens ein Anfang gemacht, wenn auch das Uebel der Arbeitslosigkeit damit nur an einem Punkte gefaßt wäre. Aber es ist leider wenig Hoffnung darauf, daß der Bundesrat der Frage der Arbeitslosenversicherung auch nur in diesem beschränkten Umfange sobald näher treten wird. Die Behauptung, daß die obligatorische Versicherung noch „nicht reif“ sei, war nur ein bequemer Vorwand, überhaupt nichts zu tun.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Ein neuer Erwerbszweig. Vor dem Schöffengericht Hamburg stand der Tischler K. wegen Beleidigung des Arbeitswilligen Nebel. Letzterer erscheint als Zeuge vor Gericht und stellt den Tatbestand wie folgt dar: „Eines Mittags im Juli habe er den vor dem gelben Arbeitsnachweis am Lübecker Tor postierten Streifposten passiert, wobei ihm der Angeklagte zugerufen habe: „Seht, da kommt ein Streifbrecher!“ Durch diese Worte fühlte sich der Ehrenmann Nebel schwer beleidigt und er erstattete Anzeige.“

In der Verhandlung nahm sich der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Herz, den Zeugen einmal gehörig vor. Auf die Frage des Verteidigers an Herrn Nebel, wieviel Straf anzeigen er schon gegen streifende Tischler erstattet habe, antwortete dieser: „Zirka 40 bis 50! Hiervon seien zirka 20 vor Gericht erledigt, die anderen schwebten noch.“ Der Verteidiger behauptete dagegen, daß mehr als 80 Anzeigen von Herrn Nebel erstattet seien. Das Interesse des Arbeitswilligen an der „Massenproduktion“ von Straf anzeigen wurde deutlich durch folgendes erwiesen: Dr. Herz fragte ihn: „Ist Ihnen bekannt, daß der Arbeitgeberverband für jede Straf anzeigen gegen streifende Holzarbeiter 50 M. Belohnung ausgefaßt hat?“ — Zeuge: „Ja, das ist mir bekannt.“ — Dr. Herz: „Haben Sie für die von Ihnen erstatteten Anzeigen auf diese Belohnung Anspruch erhoben und solche dafür erhalten?“

Zeuge (zögernd): „Ja, ich habe für eine erzielte Verurteilung auf Grund meiner Anzeige die 50 M. auf Veranlassung meines Arbeitgebers Schnibben im Schuhverbandsbureau erheben wollen, wurde aber abgewiesen mit der Bemerkung, daß kein Geld mehr in der Kasse sei.“

Dr. Herz nahm auf Grund dieser Aussage Veranlassung, die durch solche „Belohnungen“ der Arbeitgeberverbände bei den wirtschaftlichen Kämpfen in bezug auf eine geordnete Rechtspflege einwirkende Korruption gebührend zu brandmarken, denn dadurch werden nicht nur Lumpen und Demunzianten geradezu gezüchtet, es bestehe auch die Gefahr, daß ganz falsche oder belanglose Sachen dem Gericht zugetragen und unbescholtene und unschuldige Leute zu harten Strafen verurteilt werden, da ja die Voreingenommenheit vieler Richter gegen Streifende und für Arbeitswillige bekannt sei.

Trotzdem der Staatsanwalt acht Tage Gefängnis für den Angeklagten beantragte, schloß sich das Gericht den Schlussfolgerungen des Verteidigers an, wonach im vorliegenden Falle absolut kein Beweis für ein Vergehen des Angeklagten erbracht worden sei und erkannte auf Freisprechung. Die Kosten wurden der Staatskasse aufgelegt.

Verschiedenes.

Quittung für die Reichsfinanzreform. Das Zentrum hat jeht auch den Reichstagswahlkreis Konstanzer Heberlingen verloren. Der Wahlkreis ist zu 91 Proz. katholisch und langer letzter Bestitand des Zentrums. Noch 1907 sicnte es mit 14 327 Stimmen gegen 8596 Liberale

und 2505 sozialdemokratische gleich im ersten Wahlgang. Bei der jetzigen Nachwahl kam das Zentrum mit 13 410 Stimmen gegen 11 234 Liberale und 3026 sozialdemokratische in Stichwahl mit den Liberalen, und in der Stichwahl fiel es mit 14 045 Stimmen gegen 15 114 für den liberalen Kandidaten durch. — Die christlichen Arbeiter haben dem Zentrum für seine Wucherpolitik wieder eine Quittung gegeben.

Literarisches.

Du sollst deinen Geist nicht töten. Ein Beitrag zur Bekämpfung der Schundliteratur. Von D. Thomas, Frankfurt a. M. Kommissionsverlag Buchhandlung Volkstimme. 24 Seiten. Preis 15 Pf.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Schilderstr. 61 V, Berlin D. 27. Fernsprecher: Amt 7. 275.

Diese Woche ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Protokoll der Konferenz der Bierfahrer verbunden mit der Abhandlung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bierfahrer.

Bis jetzt haben eine ganze Anzahl Zahlstellen Protokolle von der Bierfahrerkonferenz noch nicht bestellt. Die Zahlstellenverwaltungen sollten die Mitglieder daran erinnern, damit sich der Verband nicht so lange hinzieht. Das Protokoll ist wertvoll für jeden Brauereiarbeiter. Preis pro Exemplar 15 Pf.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher:

Bernhard Büschel, Mühlenarbeiter, Buch Nr. 16 491, geb. 12. Februar 1875 zu Dschah, eingetr. 17. Dezember 1906 in Dresden.

J. Pawlak, Mälzereiarbeiter, Buch Nr. 22 764, geb. 1. Juli 1882 zu Gr. Forchaly, eingetr. 26. Oktober 1910 in Hamburg.

Vorstehende Kollegen haben Duplikate erhalten. Nur diese sind gültig.

Gestorbene Mitglieder.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut auszubehaltenden Sterbegeldes ist in Klammern beigelegt.)

Frankfurt a. M.: Anton Göbel, Brauer. 55 Jahre (90 Mk.); Kulmbach: J. Grampp, Rutscher. 48 Jahre (75 Mk.).

Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau: Rutschera-Berlin 20 Mk.; Brusch-Mannheim 15 Mk.; Dörge-Helmstedt 20 Mk.; Dorfner-Landschut 15 Mk.

Eingänge der Hauptkasse vom 23. bis 29. Oktober.

Reagel 50,—; Böttingen 2,10; Ludwigsburg 2,10; Rönigen 4,40; Bielefeld 80,—; Crimmitschau 112,10; Kulmbach 498,66; Eisenach 658,40; Frankenhäuser 148,59; Elm 304,97; Heidmühle 157,86; Banne i. Weßf. 346,66; Duisburg 249,78; Konstantz 214,21; Mühlhausen i. Gh. 431,—; Celle 293,98; Garburg 66,75; Regensburg 709,30; Berlin 7,20; Aalen 149,95; Wilhelmshaven 151,48; Kaiserlautern 216,59; Sangerhausen 97,48; Widaun 567,87; Wolfenbüttel 79,—; Zerbst 42,94; Krefeld 111,91; Neubrandenburg 139,39; Wittenberg 151,31; Bochum 385,41; Essen 751,46; Memmingen 199,07; Lindau 226,41; Straubing 479,24; Landsberg a. Warthe 294,58; Tschöe 4,60; Landschut 2,10; Kassel 2,10; München 8102,58; Osnabrück 18,21; Speyer 595,02; Norden 24,40; Gardelegen 70,95; Andernach 199,88; Börged 103,15; Pirmasens 159,52; Oelsnik 241,29; Witten 159,05; Amsterdam 84,65; Andernach 30,—; Rothenfurt 10,—; Berlin 10 251,50; Dortmund 1050,—; Heidenheim 289,56; Gmünd 111,56; Gmünd 13,—; Schweinfurt 332,61; Finsterwalde 143,70; Neustadt a. Saardt 14,85; Augsburg 1155,19; Kassel 281,78; Schönebeck 146,19; Burg 107,68; Elbing 164,60; Erfurt 1043,86; Jorckheim 48,35; Bad Tölz 1,30; Gnesen 1,10; Koblenz 3,50; Düsseldorf 1557,—; Elmshorn 572,65; Dresden 2,10; Halberstadt 274,05; Langensalza 174,01; Freiburg i. Schl. 53,—; Neuhaldensleben 71,72; Offenburg 205,36; Bielefeld 3,60; Biezenburg 1,65; Greiz 450,33; Hagen 692,89; Elberfeld 1418,75; Berlin 3,—.

Richtigstellung. In letzter Nummer muß es zu Geislingen 10,35 Mk. heißen.

Die Abrechnung für das dritte Quartal haben eingandt:

Schwenningen, Göttingen, Konstantz, Landsberg, Frankenhäuser, Heidmühle, Regensburg, Jahr, Crimmitschau, Widaun, Lindau, Würzburg, Zerbst, Mühlhausen i. E., Dessau, Wilhelmshaven, Duisburg, Witten, Wittenberg, Essen, Wolfenbüttel, Kulmbach, Bochum, Kassel, Straubing, Kaiserlautern, Sangerhausen, Pirmasens, Aalen, Elm, Oelsnik, Osnabrück, Greiz, Norden, Eisenach, Celle, Andernach, Amsterdam, Finsterwalde, Börged, Augsburg, Sonneberg, Heidenheim, Burg, Dortmund, Offenburg, Schönebeck, Erfurt, Schweinfurt, Freiburg i. Schl., Elbing, Banne, Sprotow, Halberstadt, Gmünd, Langensalza, Elberfeld, Bremen und Stättgart.

Materialberichts.

Oranienburg 1000 Marken a 50 Pf. und 200 Marken a 30 Pf. Neuhaldensleben 20 Mitgliedsbücher. Widaun 200 Marken a 30 Pf. Bochum 2000 Marken a 50 Pf. Landsberg a. Warthe 1200 Marken a 50 Pf. Crimmitschau 400 Marken a 30 Pf. Lindau 1000 Marken a 50 Pf. Konstantz 20 Mitgliedsbücher. Stettin 400 Marken a 30 Pf. Straubing 25 Mitgliedsbücher und 2000 Marken a 50 Pf. Schwenningen 50 Mitgliedsbücher und 3000 Marken a 50 Pf. Ansbach 2000 Marken a 50 Pf. und 200 Marken a 30 Pf. Gdmersleben 20 Mitgliedsbücher und 800 Marken a 30 Pf. Elmshorn 2000 Marken a 50 Pf. Meiningen 500 Marken a 50 Pf. Neustadt a. Saardt 1600 Marken a 50 Pf. Gardelegen 400 Marken a 50 Pf. Erlangen 20 Mitgliedsbücher. Jurgolstadt 600 Marken a 50 Pf. Freiburg i. Schl. 200 Marken a 50 Pf.

Veranstaltungsanzeigen.

Mittwoch, den 1. November. Garburg a. Elbe. 8 1/2 Uhr: bei Dringelburg. Donnerstag, den 2. November. Bremerhaven. 8 Uhr: „Gasthof zur Eiche“. Sonnabend, den 4. November. Arzberg. 8 Uhr: „Schlottenhof“. Hof. 8 Uhr: im „Eisbär“. Meiningen. 8 1/2 Uhr: in „Saatz Keller“. Offenburg. 8 1/2 Uhr: im „Anker“. Pirmasens. 8 1/2 Uhr: bei Schühle, Dankelsbachstr. 23. Neuhau. 8 Uhr: bei Rothemund in Unterrchau. Tübingen. 8 Uhr: „Gasthaus zum Hahnen“. Unorganisierte mitbringen. Sonntag, den 5. November. Ansbach. 2 Uhr: im Vereinslokal. Referent: Gäh-Vamberg. Nischaffenburg. Vorm. 10 Uhr: „Gasthaus zum Hirschen“. Kassel. 3 Uhr: „Kleiner Stadtpark“, Obere Karlstr. 17. Coblenz u. Rng. 2 1/2 Uhr: „Gasthaus zur Lahn“. Geln. 3 Uhr: „Volkshaus“. Gottsb. 3 Uhr: bei Brauer, Ostrower Straße. Crimmitschau. 3 Uhr: „Herberge zur Heimat“. Garmisau. 1 Uhr: bei Gmerek. Danzig. Vereinslokal, Fischmarkt 6. Düren. Bei Lagrell. Einbed. 2 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Geislingen. 2 Uhr: Restaurant Ortmann.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg.

Einlagegelder erhalten vom 22. bis 28. Oktober 1911.

S. G. R. N. L. M. München 100 Mk.; Sonneberg 150 Mk.; Straubing 100 Mk.; Frankfurt a. M. 800 Mk.; Berlin 50 Mk.; Pirmasens 50 Mk.; Merseburg 45 Mk.; Sulzbach 100 Mk.; Nürnberg 100 Mk.; Weimar 300 Mk.; Stalla 100 Mk.

Rückzahlungen erfolgten: Einbed. 312,70 Mk.; Neuhaldensleben 30,20 Mk.; Heibelberg 30,20 Mk.; Garburg 630,40 Mk.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg. Malther Richter.

Unserem Kollegen E. Brenscheidt nebst seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Flaschenkellerarbeiter d. Pagenhofer Brauerei Abt. 2, Berlin.

Unserem Kollegen Paul Kochhine und seiner lieben Frau Emma nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die organisierten Brauer der Pagenhofer Brauerei Abt. 1, Berlin.

Unserem Kollegen August Müller und seiner lieben Frau Frieda zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen vom Personal der Brauerei Meißwitz (Dresden).

Unserem Kollegen Alfred Heidrich und seiner lieben Frau Elise, geb. Lorenz, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Greiz.

Unserem Kollegen Franz Durach nebst seiner lieben Frau in Wüdingen zu ihrem ersten Familienfeste ein dreifaches Hoch. Die Verbandskollegen der Zahlstelle Göttingen.

Unserem Kollegen Willi Grünhagen nebst seiner lieben Frau Auguste zur Hochzeitsfeier am 5. November die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Braunschwieg.

Brauer Deutschlands!

Prima Lederhose mit Lederstreifen 8,50, Weiße 1,50. Jackett mit warmen Futter 16 Mk. Lederhose III (Drabgewebe) mit Lederstreifen 6,50, Weiße 3,50, Jackett 12 Mk. Lederhosen (Sorte II) 5,50, Weiße 3, Jackett 11 Mk. Mantelher (Sorte I), ohne mit Lederstreifen 8,50, Weiße 4,50, Jackett 16 Mk. Mantelher (Sorte II), ohne mit Lederstreifen 7, Weiße 3,50, Jackett 14 Mk. Versendet nach allen Orten Deutschlands und des Auslandes. Schriftlänge und Brustweite genügt für guten Sitz. Bei Bestellungen von 10 Mk. an frei ins Haus. Katalog frei.

Emil Hohfeldt, Spezialfabrik für Berufsbekleidung, Dresden N., Ritterstr. 2 u. 4.

Schw.-Gmünd. 2 Uhr: im „Roten Ochsen“. Göttingen. Veranmlung fällt aus. Göttingen. 3 Uhr: „Kaiserhalle“. Hann. 2 Uhr: bei Braun, Königstr. 31. Referent: Arbeitersekretär Lecker. Forstberg. 2 Uhr: im Vereinslokal. Jurgolstadt u. Rng. 2 Uhr: „Restaurant zur Farbe“. Referent: Schelle-München. Konstantz u. Rng. 2 1/2 Uhr: im „Gasthaus zum Schwert“ in Naddolzell. Kreuznach. Bei Riegel, Pfeiffergasse. Mainburg. 2 Uhr: „Bieglersbräu“. Memmingen. Vorm. 10 Uhr: „Gasthaus zur Sonne“. Minden. 3 1/2 Uhr: bei Feuermann. Moosburg u. Rng. „Restaurant zur Eisenbahn“. Niederlahnstein. 2 1/2 Uhr: Vereinslokal. Osnabrück. Vorm. 11 Uhr: bei Hengst, „Augustenburg“. Plauen i. V. 7 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus Schillergarten“. Anschließend Familienabend. Potsdam. Abends 7 Uhr: bei Prusichinski, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. Regensburg. 2 Uhr: im „Blauen Sechsen“. Reuscheid. 4 Uhr: „Volkshaus“. Referent: Arbeitersekretär Koch. Siegen. 4 Uhr: bei Franke, Poststr. 19. Speyer. 2 Uhr: „Zum kleinen Storchenteller“. Zerbst. 4 1/2 Uhr: bei Liebenau. Sonntag, den 12. November. Göttingen. 2 Uhr: im „Roten Fusaren“. Luxemburg. „Café van Werck“.

Unserem Kollegen Paul Kirken und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Arbeiterkollegen der Brauerei Waldschlöcher, Dresden-N.

Unserem Kollegen Jakob Scheffle nebst Frau Elise nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegen der Zahlstelle Memmingen.

Unserem Kollegen Ludwig Lange und seiner Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Kiel-Heide.

Jeder Brauer.

Mäler usw., welche die seit über 18 Jahr anerkannt besten wasserdichten Holzschuhe u. Handarb.-Mälerleider sowie Werktagsschuh für Brauerei usw. am billigst direkt v. Fabr. Kauf will, verlanse sofortige Vorzugsschiff v. Heint. Emil Goldberg, Großschönau 2, Sachl. Aus Brauereien schreibt man am 15. v. 1911 „Schuhe sind besser und dabei billiger wie andere“; am 11. 10. 1911 „Schuhe gut gearbeitet und von vorzüglichen Material, laufe fester nur bei Spiner“; am 20. 10. 1911 „Haben uns überzeugt, daß ihre Schuhe die besten sind“.

Wasserdichte Holzschuhe! Neu!

Das Beste ist das Billigste. Hch. Schäfer, Hanau, Schirnstr. 5. Alle Modelle 3,70 Mk., neue Modelle 4,— Mk., mit Leder besetzt 1 Mk. mehr, sowie andere Modelle. Katalog franko.

Die besten wasserdichten Holzschuhe wie Abbildung. a Paar 4 Mark. 2 Paar portofrei. Alle Modelle. Preisliste gratis. Zwei Modelle patentl. geschützt. Vertreter gesucht. Joseph Urban, Cham, bair. Wald. Verbandsmitglied Lieferant von Zahlstellen.

Ein heller Kopf beachtet vor Einkauf mein eigenes Fabrikat.

ist es mir möglich, für billigen Preis eine erstklassige Waare zu liefern. Mein Kundenkreis vergrößert sich ständig und beweisen mir die vielen Nachbestellungen sowie Anerkennungsschreiben, daß ich meine Abnehmer zur Zufriedenheit bediene. Machen Sie einen Versuch, denn Sie kaufen

Wasserdichte Holzschuhe am besten und billigsten direkt von der Fabrik.

Neue Modelle, geschlossene Leder 3,60 mit Leder besetzt, Eisen u. Nägel „4,50 bei 2 Paar 1/2, bei 3 Paar franko Ausland.

Georg Herr, Holzschuhfabrik, Frankfurt a. M., Gelnhäusergasse 5. Begründet 1851. Preisliste gratis.

Notizkalender für 1912. Preis pro Exemplar 55 Pf. Bestellungen der Zahlstellenverwaltungen und der Einzelmitglieder der Hauptverwaltung sind zu richten an die Hauptverwaltung des Verbandes, Berlin D. 27, Schilderstraße 6. :: Jedes Mitglied sollte im Besitze eines Kalenders sein. ::

100 Stück gute 6 Pf.-Zigarren für 3,— Mk. bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konkursmassen, Lombard-Geschäften usw. ankaufe. Ferner liefere ich: 100 St. feine 7 Pf.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 St. feine 8 Pf.-Zigarren für 4 Mk., 100 St. hochl. 10 Pf.-Zigarren für 5 Mk., 100 St. hochl. 12 Pf.-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. — 500 Stück sende franko. — Nichtkonvertierendes nehme unfrankiert zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. Th. Pfeifer, Versandhaus, Berlin C. Neue Schönhauserstr. 15, kein Laden, nur 1 Treppe. Begründet 1886.